

Dekret zum Personalgesetz (Personaldekret)

Vom 8. Juni 2000 (Stand 1. Januar 2021)

Der Landrat des Kantons Basel-Landschaft,

gestützt auf § 67 Abs. 1 Bst. d der Verfassung des Kantons Basel-Landschaft vom 17. Mai 1984¹⁾ sowie auf § 30, § 32 Abs. 1, § 39 Abs. 1, § 57 Abs. 4, § 59 Abs. 4, § 65 des Gesetzes vom 25. September 1997²⁾ über die Arbeitsverhältnisse der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Kantons (Personalgesetz), *

beschliesst:

1 Allgemeines

1.1 Geltungsbereich und Anlobung

§ 1 Geltungsbereich

¹ Dieses Dekret gilt für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gemäss den § 1 und § 2 des Personalgesetzes.

§ 2 Anlobung vom Volk oder Landrat Gewählter

¹ Vom Volk und Landrat Gewählte werden vom Landrat angelobt.

² Mit der Anlobung erklärt die oder der Gewählte, Verfassung und Gesetze des Kantons zu respektieren.

³ Einzelheiten regelt der Landrat.

§ 3 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Polizei Basel-Landschaft *

¹ Für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Polizei Basel-Landschaft bestimmt deren Anstellungsbehörde den Inhalt und das Verfahren der Anlobung. *

1) GS 29.276, SGS [100](#)

2) GS 32.1008, SGS [150](#)

1.2 Arbeitszeit

§ 4 Jahresarbeitszeit

¹ Die Jahresarbeitszeit eines Vollpensums berechnet sich auf der Basis einer Arbeitszeit von 42 Stunden pro Woche. Die Jahresarbeitszeit ist für Teilzeitarbeitende anteilmässig zu kürzen. *

² Die Verordnung bestimmt die Feiertage, die arbeitsfreien Tage und regelt die Entschädigung von angeordneter Überzeit durch Kompensation oder Barvergütung

³ ... *

§ 4a * Jahresarbeitszeit der Ärztinnen und Ärzte

¹ In Abweichung von § 4 Abs. 1 berechnet sich die Jahresarbeitszeit für Assistenzärztinnen und Assistenzärzte und für Oberärztinnen und Oberärzte auf der Basis von 50 Stunden pro Woche. Sie ist für Teilzeitarbeitende anteilmässig zu kürzen.

² In Abweichung von § 4 Abs. 1 berechnet sich die Jahresarbeitszeit für Chefärztinnen und Chefärzte und für Leitende Ärztinnen und Leitende Ärzte auf der Basis von mindestens 50 Stunden pro Woche, richtet sich jedoch nach den betrieblichen Gegebenheiten. Sie ist für Teilzeitarbeitende anteilmässig zu kürzen.

§ 5 * Jahresarbeitszeit der Lehrpersonen

¹ Die nachstehend bezeichneten Lektionen bilden einen Teil der Gesamtarbeitszeit gemäss § 4 Abs. 1. Die wöchentliche Unterrichtsverpflichtung der Lehrpersonen beträgt unter Vorbehalt anderer gesetzlicher Bestimmungen für:

- | | | |
|------|---|------------------------|
| a. * | Kindergarten | 28 Lektionen, |
| b. * | Primarschule | 28 Lektionen, |
| c. * | Sekundarstufe I | 27 Lektionen, |
| d. * | Gymnasium | 22/26 Lektionen, |
| e. * | Berufsmittelschule Vollzeit und Wirtschaftsmittelschule | 22/26 Lektionen, |
| f. * | Kaufmännische Vorbereitungsschule, Schulisches Brückenangebot plus modular und Berufsvorbereitende Schule 2 | 22/23/26 Lektionen, |
| g. * | Berufsfachschule | 22/23/24/26 Lektionen, |
| h. * | Vorlehre | 24/26 Lektionen, |
| i. | Musikschule | 27 Lektionen, |

I. Psychomotorik und Logopädie 27 Lektionen.
Die zeitliche Differenz zwischen wöchentlicher Unterrichtsverpflichtung und Jahresarbeitszeit verwenden die Lehrpersonen für die Erfüllung der weiteren ihnen übertragenen Aufgaben.

^{1bis} ... *

^{1ter} Die Übernahme der Spezialfunktion als Klassenlehrperson an den Vollzeitschulen bzw. den dualen Berufsfachschulen gemäss Abs. 1 Bst. c–h wird mit einer bzw. mit einer halben Lektion pro Klasse angerechnet. *

² Die Übernahme weiterer Spezialfunktionen innerhalb des Schulbetriebes durch eine Lehrperson kann mit Lektionen angerechnet werden. Der Regierungsrat regelt die Einzelheiten. *

³ ... *

⁴ Der Regierungsrat legt Einzelheiten über den Berufsauftrag in der Verordnung fest.

§ 5a * ...

§ 5b * **Gesamtpensum**

¹ Das Gesamtpensum umfasst alle Anstellungen beim Kanton Basel-Landschaft.

² Das Gesamtpensum der Mitarbeitenden darf in der Regel ein Vollpensum gemäss § 4 beziehungsweise für Ärztinnen und Ärzte gemäss § 4a nicht übersteigen.

³ Ein Gesamtpensum, das ein Vollpensum bis zu maximal 10 % übersteigt, ist zulässig, wenn es arbeitsorganisatorisch bedingt ist und in der nächsten Planperiode, jedoch spätestens im folgenden Jahr ausgeglichen werden kann.

⁴ Der Regierungsrat kann Ausnahmen bewilligen.

1.3 Ferien

§ 6 Anspruch

¹ Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben Anspruch auf Ferien bei vollem Lohn.

² Der Ferienanspruch beträgt 25 Arbeitstage pro Kalenderjahr. Er erhöht sich im Kalenderjahr, in welchem das 50. Altersjahr vollendet wird, auf 27 Arbeitstage und im Kalenderjahr, in dem das 60. Altersjahr vollendet wird, auf 30 Arbeitstage. *

³ Die Anstellungsbehörde sowie bei Schulen des Kantons die Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion können den Ferienanspruch gemäss Abs. 2 bei Vorliegen überdurchschnittlicher Arbeitsbelastung um maximal 10 Tage erhöhen. *

§ 7 Ausnahmen

¹ Abweichend von § 6 haben die nachstehend aufgeführten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter folgenden jährlichen Ferienanspruch:

a. * ...

b. 6 Wochen

1. die Mitglieder des Regierungsrates;

2. * die Abteilungspräsidentinnen und -präsidenten des Kantonsgerichts sowie die Landschreiberin oder der Landschreiber;

3. die Chefärztinnen bzw. Chefärzte und Institutsleiterinnen bzw. -leiter.

² Der jährliche Ferienanspruch der leitenden Ärztinnen bzw. Ärzte und Oberärztinnen bzw. -ärzte erhöht sich auf 6 Wochen im Kalenderjahr des vollendeten 50. Altersjahres.

³ Die Schulleitungen der Gymnasien und der Berufsfachschulen können in den Schulferien mit Aufgaben betraut werden. *

⁴ Fallen allgemeine Feiertage in die Zeit der Schulferien, besteht für Lehrpersonen kein Anspruch auf Nachbezug.

§ 8 Anteilsmässiger und gekürzter Ferienanspruch

¹ Der Ferienanspruch richtet sich nach der entlöhnten Beschäftigungsdauer.

² Bei längerer Absenz infolge von Krankheit, Unfall, Militär-, Zivil- und Zivilschutzdienst oder aus anderen Gründen tritt eine Kürzung des Ferienanspruchs ein, und zwar wird bei einer Absenz von mehr als 6 Monaten innerhalb eines Kalenderjahres der Ferienanspruch für jeden weiteren halben Monat um je 1/10 gekürzt.

³ Mit einer Freistellung von der Arbeit während der Kündigungsfrist ist in der Regel ein noch bestehender Ferienanspruch abgegolten.

⁴ Die im ungekündigten Arbeitsverhältnis stehenden Lehrpersonen sind von der Regelung gemäss Abs. 2 ausgenommen.

⁵ Die Absenz aufgrund bezahlten Mutterschaftsurlaubes wird für die Berechnung der Kürzung des Ferienanspruches nicht berücksichtigt. *

⁶ Ist die Mitarbeiterin oder der Mitarbeiter während eines ganzen Kalenderjahres arbeitsunfähig, besteht kein Ferienanspruch. Dies gilt auch bei Pensionierung oder Austritt während des Kalenderjahres, wenn die Mitarbeiterin oder der Mitarbeiter in diesem Kalenderjahr nie arbeitsfähig war.

2 Lohnwesen

2.1 Lohnsystem

§ 9 Einreihungsplan

¹ Der Einreihungsplan bildet als Anhang I einen integrierenden Bestandteil dieses Dekrets.

² Er listet nach Funktionsbereichen, Funktionsketten und Lohnbändern geordnet die einzelnen Richtpositionen auf. *

§ 10 Modellumschreibungen

¹ Der Regierungsrat erlässt in einer Verordnung die Modellumschreibungen zu den einzelnen Richtpositionen.

² Er passt die Modellumschreibungen veränderten Verhältnissen an, insbesondere bei der Änderung von Berufsbildern und der Einführung neuer Funktionen.

³ Der Regierungsrat legt mittels Arbeitsbewertung das zutreffende Lohnband einer Modellumschreibung fest. *

⁴ Die Einreihung der Stellen erfolgt durch ihre Zuordnung auf die Richtpositionen anhand der Modellumschreibungen. *

§ 11 Lohnbänder *

¹ Für die Einreihung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter stehen 28 Lohnbänder zur Verfügung. *

^{1bis} Das Lohnband bildet den Rahmen für die individuelle Lohnentwicklung aufgrund der Mitarbeitendenbeurteilung sowie der Position im Lohnband. *

² Jedes Lohnband ist durch einen Minimal- und Maximallohn begrenzt und enthält einen Funktionslohn. *

³ Die Höhe der Minimal-, Maximal- sowie der Funktionslöhne der Lohnbänder ist in Anhang II geregelt, der einen integrierenden Bestandteil dieses Dekrets bildet. Die Beträge sind Jahreslöhne bei vollem Beschäftigungsgrad und schliessen das 13. Monatsgehalt ein. *

⁴ Für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Ausbildung, für Praktikantinnen und Praktikanten, für Volontärinnen und Volontäre sowie für Jugendliche bis zum zurückgelegten 18. Altersjahr legt der Regierungsrat die Löhne fest.

§ 12 Einreihungskompetenz

¹ Der Regierungsrat reiht jede Mitarbeiterin und jeden Mitarbeiter in ein Lohnband ein und weist ihnen eine Position im Lohnband zu. Er kann diese Kompetenz an die zuständige Anstellungsbehörde delegieren. *

² Für Lehrpersonen ist die Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion zuständig. *

³ Für die Mitarbeitenden der Gerichte ist das Kantonsgericht zuständig. *

§ 13 * Einreihung in ein Lohnband *

¹ Die Einreihung in ein Lohnband basiert auf dem Einreihungsplan (Anhang I), der Modellumschreibung und dem Stelleninhalt. *

² Die in der Modellumschreibung umschriebenen formellen Anforderungen an die Ausbildung geben an, welches Fähigkeits- und Wissensniveau erforderlich ist.

³ Die Ausbildungsanforderungen stellen keine formelle Voraussetzung zur Übernahme der Funktion dar, soweit nicht durch Gesetz, Verordnung oder stellenspezifische Anstellungsbedingungen anderes vorgeschrieben ist.

⁴ Wird das zur Ausübung der Funktion erforderliche Fähigkeits- und Wissensniveau zum Zeitpunkt des Beginns des Arbeitsverhältnisses nicht erreicht, erfolgt eine tieferwertige Lohnbandeinreihung, als es für die Funktion vorgesehen ist. *

⁵ Sobald das erforderliche Fähigkeits- und Wissensniveau erreicht ist, wird die Mitarbeiterin oder der Mitarbeiter in das für die Funktion vorgesehene Lohnband eingereiht. *

§ 14 * Zuweisung einer Position im Lohnband *

¹ Bei der Zuweisung einer Position im Lohnband ist der beruflich wie auch der ausserberuflich, insbesondere der bei Familienarbeit und in sozialen Institutionen, erworbenen Erfahrung angemessen Rechnung zu tragen. *

² Hat die Mitarbeiterin oder der Mitarbeiter das erforderliche Fähigkeits- und Wissensniveau ohne formellen Ausbildungsabschluss erreicht, vermindern sich die Erfahrungsjahre der Mitarbeiterin oder des Mitarbeiters.

³ Wenn eine Mitarbeiterin oder ein Mitarbeiter die an ihre oder seine Funktion gestellten Anforderungen in Bezug auf die Erfahrung noch nicht erfüllt, kann ihr oder ihm für eine befristete Zeit eine Position unterhalb des Funktionslohns innerhalb des Lohnbandes zugewiesen werden. Abs. 2 bleibt vorbehalten. *

⁴ Das Nähere regelt die Verordnung.

§ 15 * Individuelle Lohnentwicklung *

¹ Der Regierungsrat beschliesst jährlich die individuelle Lohnentwicklung der Mitarbeitenden gemäss § 1 Personalgesetz per 1. Januar auf Grundlage der jährlichen Mitarbeitendenbeurteilung, der Position im Lohnband sowie der zur Verfügung stehenden Mittel. *

^{1bis} Für die Mitarbeitenden der Gerichte fasst die Geschäftsleitung des Kantonsgerichts den Beschluss gemäss Abs. 1, wobei sie die Vorgaben des Regierungsrats in dessen Beschluss über die individuelle Lohnentwicklung unverändert übernimmt. *

² Beginnt ein Arbeitsverhältnis nach dem 1. Juli eines Jahres, erfolgt per 1. Januar des folgenden Kalenderjahres keine individuelle Lohnentwicklung. *

³ Längere Absenzen sind für die Gewährung der individuellen Lohnentwicklung angemessen zu berücksichtigen. *

⁴ Das Nähere regelt die Verordnung.

§ 16 * ...

§ 17 Funktionsänderung

¹ Ändert die Funktion einer Mitarbeiterin oder eines Mitarbeiters, erfolgt eine Überprüfung und gegebenenfalls Anpassung der Lohnbandeinreihung und der Zuweisung einer Position im Lohnband. *

§ 17a * Periodische Überprüfung des Lohnsystems

¹ Der Regierungsrat schafft die notwendigen Instrumente zur Überprüfung der ordnungsgemässen Anwendung des Lohnsystems und nimmt periodisch Überprüfungen vor.

2.2 Lohnfindung

§ 18 Einreihungsfehler

¹ Wird ein offensichtlicher Fehler bei der Einreihung in ein Lohnband oder bei der Zuweisung einer Position im Lohnband festgestellt, ist wie folgt zu verfahren: *

- a. * Wirkt sich der Einreihungsfehler zugunsten der Mitarbeiterin oder des Mitarbeiters aus, ist sie oder er nach Ablauf der Kündigungsfrist in das richtige Lohnband einzureihen und/oder der richtigen Position im Lohnband zuzuweisen. Bei auf Amtsperiode gewählten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern muss das Ende der laufenden Amtsperiode nicht abgewartet werden.
- b. * Wirkt sich der Einreihungsfehler zuungunsten der Mitarbeiterin oder des Mitarbeiters aus, ist die Korrektur sofort vorzunehmen und die Lohndifferenz seit Beginn des Arbeitsverhältnisses, jedoch längstens für 5 Jahre nachzuzahlen.

§ 19 Lohnanspruch

¹ Der Anspruch auf Lohn entsteht mit dem vertraglich vereinbarten Beginn des Arbeitsverhältnisses und erlischt am Tag seiner Beendigung. Für auf Amtsperiode Gewählte entsteht der Lohnanspruch mit dem Datum des Amtsantritts.

² Nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses bleiben die Bestimmungen der Lohnzahlung bei Krankheit und Unfall vorbehalten.

2.3 Lohnzahlung

§ 20 Ausrichtung des Lohnes

¹ Je 1/13 des Jahreslohnes wird per 25. jeden Monats ausgerichtet. Der 13. Monatslohn wird zusammen mit dem November-Lohn oder bei Austritt pro rata ausbezahlt.

§ 21 Teilzeitarbeit

¹ Für Teilzeitarbeitende wird der Lohn im Verhältnis zum Beschäftigungsgrad ausgerichtet.

§ 21a * Stellvertretung von Lehrpersonen

¹ Stellvertretungen sind befristete Anstellungen von Lehrpersonen bis zu 3 Monaten.

² Bei Stellvertretungen umfasst der Arbeitsauftrag grundsätzlich den Unterricht und dessen Vor- und Nachbereitung und wird entsprechend vergütet.

³ Übernehmen Lehrpersonen mit einer bereits bestehenden Anstellung zusätzlich zu ihrem Pensum eine Stellvertretung, gelten die Bestimmungen gemäss den Abs. 1 und 2.

⁴ Die geleisteten Lektionen werden in der Regel monatlich abgerechnet und ausbezahlt. Die Schulleitung kann eine zeitliche Kompensation vereinbaren.

§ 22 * Umwandlung des Lohnes in Urlaub

¹ Der 13. Monatslohn kann auf Begehren der Mitarbeiterin oder des Mitarbeiters durch die Anstellungsbehörde, bei Lehrpersonen durch die Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion in Urlaub umgewandelt werden.

2.4 Zulagen

2.4.1 Funktionsbezogene Zulagen

§ 23 Anspruchsvollere Aufgaben *

¹ Anspruchsvollere Aufgaben, die vorübergehend, aber für mindestens 2 Monate übertragen werden, können durch Ausrichtung einer Zulage abgegolten werden. *

² Diese Zulage ist anzupassen oder aufzuheben, wenn die Voraussetzungen für ihre Ausrichtung geändert haben oder weggefallen sind.

2.4.2 Leistungsbezogene Zulagen

§ 24 Persönliche Zulage

¹ Zur Gewinnung oder Erhaltung besonders qualifizierter Mitarbeiterinnen oder Mitarbeiter kann der Regierungsrat eine einmalige, eine unbefristete oder befristete Zulage von bis zu 20 % des Jahreslohnes zusprechen.

² Der Regierungsrat hat periodisch zu prüfen, ob die Voraussetzungen für nicht befristet zugesprochene Zulagen noch vorhanden sind.

§ 25 Leistungsprämie

¹ Zur Belohnung einmaliger besonders qualifizierter Leistungen kann die Anstellungsbehörde einer Einzelperson oder einem Team eine einmalige Prämie zusprechen.

² Bei Lehrpersonen entscheidet die Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion auf Antrag der Anstellungsbehörde. *

2.4.3 Sozialzulagen

§ 26 * ...

§ 27 * ...

§ 28 * ...

§ 29 * Erziehungszulage

¹ Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die einen Anspruch auf eine Familienzulage gemäss Bundesgesetzgebung über die Familienzulagen haben, erhalten eine Erziehungszulage. Die Mitarbeiterinnen oder Mitarbeiter müssen nachweisen, dass kein anderer Arbeitgeber als der Kanton Basel-Landschaft bereits eine der gleichen Zielsetzung dienende Zulage für dieselben Kinder und denselben Haushalt ausrichtet.

² Erhält die Mitarbeiterin oder der Mitarbeiter aufgrund der Anspruchskonkurrenz nach Familienzulagengesetzgebung keine Familienzulage, besteht trotzdem Anspruch auf eine Erziehungszulage, wenn die übrigen Voraussetzungen gemäss Familienzulagengesetz erfüllt sind.

³ Richtet ein anderer Arbeitgeber eine der gleichen Zielsetzung dienende Zulage für dieselben Kinder und denselben Haushalt aus, die geringer ist als die Erziehungszulage des Kantons Basel-Landschaft, wird dieser Betrag vom Anspruch des Mitarbeitenden abgezogen.

⁴ Die Erziehungszulage wird entsprechend dem vertraglich vereinbarten Pensum gemäss den Ansätzen in Anhang II ausbezahlt.

⁵ Die Erziehungszulage wird einmal pro Haushalt und unabhängig der Anzahl unterstützungsberechtigter Kinder ausbezahlt.

⁶ Eine Mitarbeiterin oder ein Mitarbeiter kann nicht mehr als eine Zulage entsprechend dem Beschäftigungsgrad beziehen.

⁷ Arbeiten beide für ein Kind unterstützungspflichtige Elternteile beim Arbeitgeber Kanton Basel-Landschaft, besteht bei beiden Mitarbeitenden ein Anspruch auf eine Erziehungszulage, maximal in der Höhe von zusammen einer Zulage für ein 100-%-Pensum. Details der Aufteilung regelt die Verordnung.

§ 29a * Meldepflicht¹⁾

¹ Tatsachen, die einen Anspruch auf Familien- oder Erziehungszulagen begründen, verändern oder erlöschen lassen, sind der Anstellungsbehörde unverzüglich zu melden.

2.4.4 Weitere Zulagen

§ 30 Zulagen für unregelmässige Arbeitszeit

¹ Der Regierungsrat legt für angeordnete Arbeit in der Nacht, an Samstagen, Sonntagen und Feiertagen sowie für Piktetdienste für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Lohnklassen 28 bis 11 Zulagen fest.

2.5 Ausnahmen

§ 31 Mitglieder des Regierungsrates

¹ Den Mitgliedern des Regierungsrates werden 12 Monatslöhne ohne Anspruch auf das 13. Monatsgehalt gemäss Anhang II Ziff. 2 ausgerichtet:

- | | | |
|----|--|-------------|
| a. | Präsidentin bzw. Präsident des Regierungsrates | Ansatz A 1, |
| b. | Vizepräsidentin bzw. Vizepräsident des Regierungsrates | Ansatz A 2, |
| c. | übrige Mitglieder des Regierungsrates | Ansatz A 3. |

² Den Mitgliedern des Regierungsrates wird zur Abgeltung der persönlichen Spesen eine nichtindexierte Jahrespauschale von CHF 15'000 ausgerichtet. *

³ Zusätzlich zur Jahrespauschale werden die folgenden persönlichen Spesen wie folgt abgegolten: *

- | | |
|----|--|
| a. | Flugreisen ins Ausland: effektive Kosten der günstigsten Flugverbindung; |
| b. | Bahnreisen ins Ausland: effektive Kosten für Fahrten der 1. Klasse; |

1) Ergänzung vom 22. März 2007 (GS 36.68), in Kraft seit 1. April 2007.

^{2bis} Den Leitenden Ärztinnen und Leitenden Ärzten der Kantonsspitäler und Kantonalen Psychiatrischen Dienste werden 13 Monatslöhne gemäss Anhang II Ziff. 2 ausgerichtet: *

- | | | |
|----|---|----------------------|
| a. | operierende Leitende Ärztinnen/Leitende Ärzte | 80% der Ansätze B 1, |
| b. | nichtoperierende Leitende Ärztinnen/Leitende Ärzte | 80% der Ansätze B 2, |
| c. | Institutsleiterinnen/Institutsleiter | 80% der Ansätze B 3, |
| d. | Leitende Ärztinnen/Leitende Ärzte ohne vergütungsberechtigte Nebentätigkeit | 80% der Ansätze B 2. |

Der Maximallohn wird in 5 einjährigen Stufen und einer vierjährigen Stufe erreicht.

^{2ter} Den Chefärztinnen und Chefärzten sowie den Leitenden Ärztinnen und Leitenden Ärzten der Kantonsspitäler und Kantonalen Psychiatrischen Dienste mit vergütungsberechtigter Nebentätigkeit kann ein nichtindexierter Leistungsanteil ausgerichtet werden. *

^{2quater} ... *

³ Der Regierungsrat kann die Ansätze gemäss Anhang Ziff. 2 um bis zu 20 % reduzieren.

⁴ ... *

§ 32a * Weitere vom Landrat gewählte Funktionsträgerinnen und -träger

¹ Den weiteren vom Landrat gewählten Funktionsträgerinnen und -trägern werden folgende Lohnansätze zugewiesen: *

- | | | |
|------|---|------------|
| a. | Der Vorsteherin bzw. dem Vorsteher der Finanzkontrolle gemäss Anhang II Ziff. 2 | Ansatz D1, |
| b. | der Vorsteherin bzw. dem Vorsteher der Datenschutzstelle gemäss Anhang II Ziff. 2 | Ansatz D2, |
| c. | dem Ombudsman gemäss Anhang II Ziff. 2 | Ansatz D2, |
| d. | der Ersten Staatsanwältin bzw. dem Ersten Staatsanwalt gemäss Anhang II Ziff. 2 | Ansatz D3, |
| e. | den Leitenden Staatsanwältinnen I und den Leitenden Staatsanwälten I gemäss Anhang II Ziff. 2 | Ansatz D4, |
| f. | der Leitenden Jugendanwältin bzw. dem Leitenden Jugendanwalt gemäss Anhang II Ziff. 2 | Ansatz D4, |
| g. * | den Leitenden Staatsanwältinnen II und den Leitenden Staatsanwälten II gemäss Anhang II Ziff. 2 | Ansatz D5, |
| h. * | den erstinstanzlichen Gerichtspräsidien gemäss Anhang II Ziff. 2 | Ansatz D6. |

^{1bis} Den in Abs. 1 genannten Funktionsträgerinnen und -trägern werden 12 Monatslöhne ohne Anspruch auf das 13. Monatsgehalt ausgerichtet. *

² Die erstmalige Lohnfestsetzung erfolgt jeweils nach Konsultation des Personalamtes durch die Behörde, welche den Wahlantrag stellt.

³ In der ersten Amtsperiode wird der Lohn mindestens gemäss dem Minimum festgelegt. Zusätzlich können Erfahrungsjahre angerechnet werden, die in gleichwertigen Funktionen geleistet wurden.

⁴ Der Maximallohn wird in 3 degressiven Stufen von 50, 30 und 20 % der Differenz zwischen Minimal- und Maximallohn erreicht.

⁵ Der Stufenanstieg wird ausschliesslich auf Beginn einer weiteren Amtsperiode gewährt.

⁶ Der Regierungsrat kann die Umwandlung des 13. Teils des Jahresgehaltes in Urlaub entsprechend § 22 bewilligen. *

2.6 Inhaberinnen und Inhaber kantonaler Nebenämter

2.6.1 Richterinnen und Richter

§ 33 * **Monatliche Vergütungen**

¹ Die pauschale monatliche Vergütung wird gemäss folgenden, in Anhang II Ziff. 2 definierten Ansätzen ausgerichtet:

- a. Abteilungs-Vizepräsidentinnen und Abteilungs-Vizepräsidenten des Kantonsgerichts Ansatz C 13.1;
- b. Mitglieder des Kantonsgerichts Ansatz C 13.2.

Sie wird in 12 gleichen Teilen pro Kalenderjahr ausbezahlt.

§ 33a * **Ausserordentliche jährliche Vergütung**

¹ Vizepräsidentinnen und Vizepräsidenten der erstinstanzlichen Gerichte, die eine Aufwandentschädigung (Entschädigung aus Sitzungsgeldern, Aktenstudium, Zuschlag für Sitzungspräsidium und Zuschlag für Referat) von mehr als CHF 20'000 brutto jährlich beziehen, erhalten zusätzlich eine Pauschalvergütung in Höhe von

- a. 20 % der Bruttoentschädigung ab einer jährlichen Bruttoentschädigung von CHF 20'000;
- b. 25 % der Bruttoentschädigung ab einer jährlichen Bruttoentschädigung von CHF 40'000.

² Entschädigungen für aussergewöhnliche Inanspruchnahme nach § 38 Abs. 4 dieses Dekrets werden bei der Ermittlung der massgebenden jährlichen Aufwandentschädigung nicht angerechnet.

³ Die zusätzliche Pauschalentschädigung wird jeweils im Januar für das Vorjahr ausgerichtet.

§ 34 * Sitzungsgelder

¹ Die Mitglieder und die Ersatzmitglieder des Kantonsgerichts, mit Ausnahme der Präsidentinnen und Präsidenten, erhalten für Sitzungen, Augenscheine und amtliche Verrichtungen ein Sitzungsgeld gemäss Anhang II Ziff. 2 Ansatz C 6 pro halben Tag (entsprechend 4 Stunden) und gemäss Ansatz C 3 für jede weitere Stunde.

^{1bis} Die Einzelrichterinnen und Einzelrichter gemäss § 3 Abs. 2 des kantonalen Gesetzes vom 20. Mai 1996¹⁾ über die Zwangsmassnahmen im Ausländerrecht erhalten pro Fall eine pauschale Vergütung gemäss Anhang II Ziff. 2 Ansatz C 3. *

² Die Mitglieder und die Ersatzmitglieder der Zivilkreisgerichte, des Strafgerichts, des Jugendgerichts und des Steuer- und Enteignungsgerichts, mit Ausnahme der Präsidentinnen und Präsidenten, erhalten für Sitzungen, Augenscheine und amtliche Verrichtungen ein Sitzungsgeld gemäss Anhang II Ziff. 2 Ansatz C 5.1 pro halben Tag (entsprechend 4 Stunden) und gemäss Ansatz C 2 für jede weitere Stunde. *

§ 35 * Aktenstudium

¹ Für das Aktenstudium wird pro Sitzung folgende Vergütung gemäss Anhang II Ziff. 2 ausgerichtet:

- a. Mitglieder und Ersatzmitglieder des Kantonsgerichts, mit Ausnahme der Präsidentinnen und Präsidenten, Ansatz C 7;
- b. * Mitglieder und Ersatzmitglieder der Zivilkreisgerichte, des Strafgerichts, des Jugendgerichts und des Steuer- und Enteignungsgerichts, mit Ausnahme der Präsidentinnen und Präsidenten, Ansatz C 5.2.

§ 36 Zuschlag für Sitzungspräsidium

¹ Bei Übernahme des Präsidiums in einer Sitzung hat das betreffende Mitglied oder Ersatzmitglied des Gerichts, mit Ausnahme der Präsidentinnen und Präsidenten, Anspruch auf einen Zuschlag von 100 % des Sitzungsgeldes. Präsiert das betreffende Mitglied oder Ersatzmitglied mehr als einen Fall in einer Sitzung, besteht ein Anspruch auf einen Zuschlag von 200 % des Sitzungsgeldes. *

² Teilen sich mehrere Mitglieder in den Vorsitz einer Sitzung, ist der Zuschlag durch die Präsidentin bzw. den Präsidenten entsprechend der Inanspruchnahme aufzuteilen.

1) GS 32.581, SGS [112](#)

§ 37 * Zuschlag für Referat

¹ Die Mitglieder und die Ersatzmitglieder des Kantonsgerichts, mit Ausnahme der Präsidentinnen und Präsidenten, haben pro Referat Anspruch auf einen Zuschlag gemäss Ansatz C 9. *

² Die Mitglieder und die Ersatzmitglieder der Zivilkreisgerichte, des Strafgerichts, des Jugendgerichts sowie des Steuer- und Enteignungsgerichts, mit Ausnahme der Präsidentinnen und Präsidenten, haben pro Referat Anspruch auf einen Zuschlag von CHF 50–200. *

³ Die Geschäftsleitung des Kantonsgerichts erlässt die Kriterien, nach denen die Präsidentin oder der Präsident des betreffenden Gerichts die Höhe des einzelnen Referatszuschlags festzulegen hat.

§ 38 Sonderansätze, Zuständigkeit

¹ Für im Voraus angesetzte Kurzsitzungen bis 2 Stunden Dauer wird eine Vergütung in der Höhe des halben Sitzungsgeldes ausgerichtet.

² Für Aktenstudium von geringfügigem oder überdurchschnittlichem Umfang kann die Vergütung gemäss § 35 durch die Präsidentin bzw. den Präsidenten herabgesetzt beziehungsweise erhöht werden.

³ Ebenso kann durch die Präsidentin bzw. den Präsidenten die Vergütung gemäss § 37 für das Referat entsprechend der Beanspruchung erhöht beziehungsweise herabgesetzt werden.

⁴ Bei aussergewöhnlicher Inanspruchnahme eines Mitgliedes des Gerichtes kann die Präsidentin beziehungsweise der Präsident die Ausrichtung einer angemessenen zusätzlichen Pauschalvergütung anordnen.

§ 39 * Vergütungen für die Friedensrichterinnen und Friedensrichter

¹ Friedensrichterinnen und Friedensrichter erhalten eine Jahresvergütung gemäss Ansatz C 8.

² Für jeden erledigten Fall erhalten sie eine Vergütung gemäss Ansatz C 4.

³ Jede schriftliche Entscheidbegründung wird gemäss Ansatz C 4 vergütet.

2.6.2 Kommissionen

§ 40 * Vergütungen, Zuständigkeit

¹ Die Vergütungen für die Mitglieder und die Aktuarinnen oder Aktuare der von der Gesetzgebung vorgesehenen oder vom Regierungsrat eingesetzten Kommissionen, einschliesslich derjenigen mit richterlichen Funktionen, werden vom Regierungsrat festgesetzt.

2.6.3 Übrige Inhaberinnen und Inhaber kantonaler Nebenämter

§ 41 Vergütungen, Zuständigkeit

¹ Die Vergütungen für die Inhaberinnen bzw. Inhaber kantonaler Nebenämter werden vom Regierungsrat festgesetzt, soweit sie in diesem Dekret nicht geregelt sind.

² Grundlage bildet das in § 9ff. festgelegte Lohnsystem.

2.7 Verbindung mehrerer Ämter

§ 42 Nebenfunktionen

¹ Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, deren Nebenaufgaben oder Nebenämter bei der Funktionsbewertung ihrer Haupttätigkeit berücksichtigt worden sind, werden für diese Nebenfunktionen nicht zusätzlich entlohnt.

§ 43 Abordnungen

¹ Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die durch den Regierungsrat in einen Verwaltungsrat abgeordnet oder mit einer anderen Vertretung beauftragt werden, haben sämtliche ihnen aus dieser Tätigkeit zukommenden Entschädigungen und Vergütungen an die Staatskasse abzuliefern. *

² Abordnungstätigkeit gilt als Arbeitszeit. *

§ 44 Beschränkungen und Vergütungen

¹ Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die zugleich ein kantonales Nebenamt bekleiden, haben unter Vorbehalt der §§ 42 und 43 Anspruch auf die volle zusätzliche Vergütung.

² Soweit die nebenamtliche Tätigkeit während der Arbeitszeit ausgeführt wird, ist die Vergütung für das Nebenamt auf die Hälfte zu reduzieren.

2.8 Andere Formen des Lohnes und spezielle Vergütungen *

§ 45 Naturalleistungen

¹ Der Regierungsrat regelt die Gewährung und Anrechnung von Naturalleistungen in Form von Dienstwohnungen, Dienstkleidern, Verpflegung und dergleichen.

§ 45a * Lehrpersonen

¹ Der Regierungsrat regelt die Vergütung der Lehrpersonen für die Ausübung einer speziellen Funktion innerhalb des Schulbetriebs.

² Die Vergütung kann in Form einer Barentschädigung oder Reduktion der Unterrichtsverpflichtung erfolgen.

2.9 Treueprämie

§ 46 Grundsatz

¹ Den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern wird erstmals nach 10 Jahren und jeweils nach 5 weiteren Dienstjahren eine Treueprämie ausgerichtet. *

² Lehrjahre, Vorpraktika der Medizinstudentinnen und Medizinstudenten, Volontariate und dergleichen sowie Urlaube von mehr als 12 aufeinanderfolgenden Monaten werden bei der Ermittlung der anrechenbaren Jahre nicht mitgezählt.

^{2bis} Bei der Ermittlung der anrechenbaren Jahre werden alle im Geltungsbereich des Personalgesetzes stehenden Arbeitsverhältnisse berücksichtigt. Ein früherer Arbeitgeber kann entsprechend dem Beschäftigungsgrad und der Anstellungsdauer zu einer anteilmässigen Beteiligung an der Treueprämie verpflichtet werden. *

³ Der Regierungsrat regelt die Abgabe von Treueprämien an Inhaberinnen und Inhaber eines Nebenamtes sowie die Ausrichtung eines Geschenkes an Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und Inhaberinnen und Inhaber eines Nebenamtes bei Beendigung einer langjährigen Amtstätigkeit bzw. eines langjährigen Arbeitsverhältnisses.

§ 47 * Umfang

¹ Die Treueprämie beträgt bei einer Vollzeitbeschäftigung nach

- | | | |
|----|---------------------------------|------------|
| a. | 10 Dienstjahren | CHF 1'500, |
| b. | 15 Dienstjahren | CHF 2'000, |
| c. | 20 Dienstjahren | CHF 3'000, |
| d. | 25 Dienstjahren | CHF 4'000, |
| e. | 30, 35, 40 oder 45 Dienstjahren | CHF 5'000. |

² Für die Berechnung der Treueprämie ist der durchschnittliche Beschäftigungsgrad während der der Fälligkeit vorausgegangenen 5 Jahre massgebend.

§ 48 * Anspruch auf Treueprämie bei Beendigung des Arbeitsverhältnisses

¹ Im Grundsatz besteht nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses kein Anspruch auf eine Treueprämie.

² Mitarbeitende erhalten in folgenden Fällen bei Ausscheiden einen pro rata temporis Anteil der Treueprämie:

- a. Mitarbeitende, denen aufgrund von § 19 Abs. 3 Bst. b Personalgesetz gekündigt wird,
- b. Mitarbeitende, deren Arbeitsverhältnis in Folge einer Invalidität aufgelöst wird.

2.10 Teuerungsausgleich

§ 49 Zuständigkeit und Verfahrensregeln

¹ Der Landrat beschliesst jährlich per 1. Januar über den Ausgleich der Teuerung.

² Der Regierungsrat stellt dem Landrat nach Verhandlung mit der Arbeitsgemeinschaft der Personalverbände Antrag über die Höhe des Teuerungsausgleichs. Orientierungsgrösse für die Verhandlungen des Regierungsrats mit den Personalverbänden ist der gemittelte Landesindex der Konsumentenpreise von Oktober des Vorjahres bis September des Jahres, das dem Vollzug des Teuerungsausgleichs vorangeht. Als weitere Beurteilungsgrössen sind die finanzielle Situation des Kantons und die wirtschaftliche Entwicklung im Umfeld miteinzubeziehen. *

³ Mit dem Beschluss über den Teuerungsausgleich ermächtigt der Landrat den Regierungsrat, die Lohntabellen im Anhang II des Personaldekretes entsprechend zu ändern und per 1. Januar des folgenden Jahres in Kraft zu setzen.

⁴ Bei den Vergütungen für die Inhaberinnen und Inhaber kantonaler Nebenämter findet kein Teuerungsausgleich statt. Es erfolgt eine periodische Überprüfung. *

2.11 Soziale Leistungen und Versicherungswesen

§ 50 * Berufliche Vorsorge für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

¹ Die Sicherung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gegen die wirtschaftlichen Folgen von Alter, Invalidität und Tod wird im Dekret vom 16. Mai 2013¹⁾ über die berufliche Vorsorge durch die Basellandschaftliche Pensionskasse (Pensionskassendekret) und im entsprechenden Vorsorgereglement der Basellandschaftlichen Pensionskasse geregelt. *

§ 50a * Spezielle Beiträge des Kantons an Sozialversicherungseinrichtungen

1 ... *

2 ... *

1) GS 38.0281, SGS [834.1](#)

³ ... *

⁴ Im Falle einer Kündigung des Arbeitsverhältnisses durch die Anstellungsbehörde aufgrund § 19 Abs. 3 Bst. b Personalgesetz gegenüber Mitarbeitenden, die im Zeitpunkt der Kündigung das 60. Altersjahr vollendet haben, können auf dem Verordnungsweg weitere Kapitalabfindungen festgelegt werden. *

§ 51 Berufliche Vorsorge für die Mitglieder des Regierungsrates

¹ Die Sicherung der Mitglieder des Regierungsrates gegen die wirtschaftlichen Folgen von Nichtwiederwahl, Alter, Invalidität und Tod wird in einem besonderen Dekret geregelt

§ 52 Abgangsentschädigung für auf Amtsperiode gewählte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

¹ Die Personalkommission des Landrates entscheidet endgültig über die Abgangsentschädigung im Einzelfall.

§ 53 Lohnnachgenuss

¹ Beim Ableben einer Mitarbeiterin oder eines Mitarbeiters haben die Erbberechtigten Anspruch auf den vollen Lohn für den laufenden Monat.

² Hinterlässt eine bei der Vorsorgeeinrichtung versicherte Mitarbeiterin oder ein dort versicherter Mitarbeiter Angehörige, für die sie bzw. er massgeblich aufzukommen hatte, so haben diese während der nächstfolgenden 3 Monate Anspruch auf den zuletzt bezogenen Lohn ohne Sozialabzüge. *

³ Die an die Angehörigen aufgrund der Sozialgesetzgebung in diesem Zeitraum geleisteten Renten und übrigen Beiträge sind zurückzuerstatten.

⁴ Wird eine Abfindungssumme ausbezahlt, so ist der ihr zugrunde liegende Rentenbetrag für die Anrechnung massgebend.

§ 54 Rückgriff des Kantons

¹ An den Kanton gehen bis zur Höhe der von ihm bei Krankheit, öffentlicher Dienstleistung, Unfall oder Tod erbrachten Leistungen über:

- a. Ansprüche der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter oder ihrer Hinterbliebenen gegen haftpflichtige Dritte, mit Ausnahme von Genugtuungs- und Integritätsentschädigungsforderungen, wobei der Kanton die Ausstellung einer Abtretungsurkunde verlangen kann, wenn die Durchsetzung seiner Rechte dadurch erleichtert wird;
- b. Ansprüche der Mitarbeiterin oder des Mitarbeiters auf Taggelder der Unfall- oder Invalidenversicherung oder einer kollektiven Krankentaggeldversicherung des Kantons, solange der vertraglich vereinbarte Lohn weiterbezahlt wird;

- c. Ansprüche aus der Militärversicherung, soweit es sich dabei um solche auf Erwerbssersatz handelt, und aus der eidgenössischen Erwerbssersatzordnung.

§ 55 Rückerstattung zu Unrecht bezogener Leistungen

¹ Zu Unrecht erhaltene Leistungen sind dem Arbeitgeber innert angemessener Frist zurückzuerstatten.

² In Härtefällen kann der Regierungsrat die Rückerstattung reduzieren oder erlassen.

2.12 Geltendmachung vermögensrechtlicher Ansprüche aus dem Arbeitsverhältnis

§ 56 Verwirkung

¹ Vermögensrechtliche Ansprüche der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gegenüber dem Kanton aus dem Arbeitsverhältnis können innert eines Jahres, nachdem die Mitarbeiterin oder der Mitarbeiter von der Möglichkeit eines Anspruchs Kenntnis erhalten hat, spätestens aber vor Ablauf von 5 Jahren seit ihrer Entstehung geltend gemacht werden.

² Vermögensrechtliche Ansprüche des Kantons gegenüber den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern auf Rückerstattung zu Unrecht bezogener Leistungen sind innert eines Jahres, nachdem die zur Geltendmachung des Anspruches zuständige Amtsstelle oder die Finanzkontrolle davon Kenntnis erhalten hat, spätestens aber vor Ablauf von 5 Jahren seit ihrer Entstehung geltend zu machen.

³ Wird der Rückerstattungsanspruch aus einer strafbaren Handlung hergeleitet, für die das Strafrecht eine längere Verjährung vorschreibt, so gilt dies auch für diesen.

3 Disziplinarverfahren

§ 57 Untersuchungsorgane

¹ Die Disziplinarbehörden können spezielle Beauftragte oder spezielle Untersuchungskommissionen als Untersuchungsorgane einsetzen.

² Das Untersuchungsorgan ermittelt den Sachverhalt und stellt der Disziplinarbehörde Antrag. Auf seinen Beizug kann in einfachen Fällen mit Zustimmung der bzw. des Betroffenen verzichtet werden.

§ 58 Untersuchung

¹ Das Untersuchungsorgan hat gegenüber den betroffenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern die gleichen Befugnisse wie die Staatsanwaltschaft im Strafverfahren, kann jedoch keine Verhaftung anordnen. *

² Jede Person ist verpflichtet, einer Aufforderung des Untersuchungsorgans zur Zeugenaussage nachzukommen. Die Vorschriften der Strafprozessordnung gelten analog.

³ Die Behörden und Amtsstellen leisten dem Untersuchungsorgan Rechtshilfe.

⁴ Die Untersuchung hat sich auch auf unverjährte Verstöße zu erstrecken, die nicht Gegenstand des Einleitungsbeschlusses waren.

§ 59 Verteidigung und Verfahren

¹ Die bzw. der Beschuldigte hat Anrecht auf Anhörung und Verteidigung.

§ 60 Rechtliches Gehör

¹ Der Mitarbeiterin bzw. dem Mitarbeiter sind alle ihr bzw. ihm zur Last gelegten Verfehlungen bekanntzugeben. Sie bzw. er hat das Recht, dazu Stellung zu nehmen, die zu ihrer bzw. seiner Entlastung dienenden Tatsachen vorzubringen und Beweisanträge zu stellen sowie ihre bzw. seine mündlichen Aussagen durch schriftliche Eingaben zu ergänzen.

§ 61 Rechtsbeistand, Kosten

¹ Der bzw. dem Beschuldigten können je nach Ausgang des Verfahrens die Kosten ihrer bzw. seiner Rechtsvertretung vergütet werden.

² Die Disziplinarbehörde kann der Mitarbeiterin bzw. dem Mitarbeiter die Verfahrenskosten nach Massgabe des Verschuldens ganz oder zum Teil überbinden. Wird das Verfahren eingestellt, so trägt die Mitarbeiterin bzw. der Mitarbeiter die Kosten ganz oder teilweise, wenn sie bzw. er die Untersuchung verschuldet oder in unzulässiger Weise erschwert hat.

§ 62 Entscheid der Disziplinarbehörde

¹ Hält die Disziplinarbehörde die Beschuldigung für unbegründet, so stellt sie das Verfahren ein.

² Mehrere Disziplinarvergehen sind gesamthaft mit einer einzigen Disziplinar-massnahme zu ahnden.

³ Der Entscheid ist der Mitarbeiterin bzw. dem Mitarbeiter schriftlich zu eröffnen. Er hat eine Begründung und eine Rechtsmittelbelehrung zu enthalten.

§ 63 Protokollführung und Akteneinsicht

¹ Die Aussagen der bzw. des Beschuldigten, der Zeuginnen bzw. Zeugen, Auskunftspersonen und Sachverständigen sind zu protokollieren und von den Einvernommenen wie von der oder vom Einvernehmenden zu unterzeichnen.

² Die betroffene Mitarbeiterin bzw. der betroffene Mitarbeiter und ihre Vertreterin bzw. sein Vertreter haben jederzeit das Recht, in die Untersuchungsakten Einsicht zu nehmen. Soweit sie nicht ohnehin dem Amtsgeheimnis unterstehen, kann ihnen verboten werden, bestimmte Aktenstellen Drittpersonen bekanntzugeben.

³ Vor dem Abschluss der Untersuchung ist der Mitarbeiterin bzw. dem Mitarbeiter und ihrer Vertreterin bzw. ihrem Vertreter Gelegenheit zu ergänzender Antragsstellung einzuräumen.

§ 64 Verhältnis der Verantwortlichkeiten zueinander

¹ Die Verhängung einer Disziplinar massnahme berührt die Haftung für Schäden und die strafrechtliche Verantwortlichkeit nicht.

² Wird wegen des gleichen Tatbestandes neben dem Disziplinarverfahren auch ein Strafverfahren durchgeführt, so kann der Entscheid über die disziplinarische Massnahme bis zur Beendigung des Strafverfahrens ausgesetzt werden.

³ Wird der Zweck einer in Frage stehenden Disziplinar massnahme schon durch das Strafurteil erreicht, so ist auf sie zu verzichten.

⁴ Die Urteile der Straf- und Zivilgerichte sind für die Disziplinarbehörde nicht verbindlich.

§ 65 Verfahren nach Auflösung des Arbeitsverhältnisses

¹ Endet das Arbeitsverhältnis der Mitarbeiterin oder des Mitarbeiters, bevor ein in Rechtskraft erwachsener Entscheid vorliegt, so stellt die Disziplinarbehörde das Verfahren unter Übernahme der Kosten durch den Kanton ein.

² Auf Verlangen der ausgetretenen Mitarbeiterin oder des ausgetretenen Mitarbeiters kann jedoch die Disziplinarbehörde das Verfahren fortsetzen. Der Entscheid hierüber unterliegt keiner Beschwerde. Die Mitarbeiterin bzw. der Mitarbeiter behält ihre bzw. seine Parteistellung bei. Massnahmen können nicht mehr verhängt werden. Für die Kostentragung gilt die Regel von § 61 Abs. 2.

4 Verschiedene Bestimmungen

§ 66 * ...

§ 66a * Beratungsleistungen für die Kinder- und Angehörigenbetreuung

¹ Der Regierungsrat sorgt für die angemessene Möglichkeit der Beratung von Mitarbeitenden für Fragen der Kinder- und Angehörigenbetreuung.

§ 67 Betriebskommissionen

¹ Die Mitglieder der Betriebskommissionen werden in geheimer Wahl für 4 Jahre bestimmt. Wählbar sind alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter eines Organisationsbereiches.

² Der Regierungsrat regelt das Verfahren.

§ 68 Personalverbände

¹ Setzt der Regierungsrat eine Kommission oder eine Arbeitsgruppe zur Vorbereitung von personalrechtlichen Erlassen ein, ist die Arbeitsgemeinschaft der Personalverbände angemessen zu berücksichtigen.

5 Übergangs- und Schlussbestimmungen

5.1 Verfahren für die Überführung vom bestehenden in den neuen Lohn

§ 69 Verfahren

¹ Der bisherige Jahreslohn, errechnet anhand der betreffenden Lohnklasse und der Dienstalterszulage, wird mit dem Lohn der zutreffenden neuen Lohnklasse und der entsprechenden Erfahrungsstufe verglichen. Dabei wird die bisherige Anrechnung der Erfahrungsjahre übernommen.

§ 70 Einreihung

¹ Die Einreihung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter erfolgt durch das Personalamt in Zusammenarbeit mit den Anstellungsbehörden auf das Datum des Inkrafttretens des Dekrets.

§ 71 Wahrung des Besitzstandes

¹ Der Besitzstand bezüglich Lohnklasse und Dienstalterszulage (Erfahrungszulage) wird für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, welche gemäss der neuen Regelung einen tieferen Lohn erhalten, gewahrt.

² Vorbehalten bleibt die richtige Einreihung gemäss den Bestimmungen des Dekrets vom 5. Februar 1998¹⁾ zum Personalgesetz.

1) GS 33.17

³ Diese Regelung gilt für alle Folgejahre ab Inkraftsetzung, bis der Jahreslohn nach der neuen Regelung mindestens dem Besitzstand entspricht.

§ 72 Aufholerinnen und Aufholer

¹ Sofern der bisherige Jahreslohn unter demjenigen gemäss neuer Lohn-tabelle ([Anhang II]) liegt, erfolgt die Anpassung in einem Schritt unmittelbar mit Inkraftsetzung dieses Dekrets.

§ 73 Änderung des Beschäftigungsgrades im Zusammenhang mit der Besitzstandsgarantie

¹ Eine Erhöhung des Beschäftigungsgrades bei einer Besitzstandsgarantie des Lohnes führt zu keiner entsprechenden Erhöhung des Besitzstandsbetrages.

² Eine Herabsetzung des Beschäftigungsgrades bei einer Besitzstandsgarantie führt zu einer anteilmässigen Reduzierung des Besitzstandsbetrages. Eine Wiedererhöhung des Beschäftigungsgrades führt zu einer entsprechenden Erhöhung des Besitzstandsbetrages, jedoch höchstens bis zum Betrag, der zum Zeitpunkt der Inkraftsetzung des Dekrets massgebend war.

§ 74 Mitteilung an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

¹ Die Mitteilung über die neue Lohnklasseneinreihung und Erfahrungsstufenzuweisung erfolgt spätestens einen Monat vor Inkrafttreten des Dekrets.

§ 75 Einspracheverfahren bei der Neueinreihung

¹ Zur Behandlung von Einsprachen gegen die Einreihung im Rahmen der Überführung wird eine paritätische Kommission eingesetzt.

² Das Nähere regelt die Verordnung.

5.1.1 Verfahren für die Überführung von Lohnklassen in Lohnbänder *

§ 75a * Überführung in Lohnbandsystematik

¹ Per 1. Januar 2021 wird der Lohn gemäss der jeweiligen Lohnklasse und Erfahrungsstufe sämtlicher in Lohnklassen eingereihten Mitarbeitenden in die Lohnbandsystematik überführt.

² Für den Stufenanstieg per 1. Januar 2021 gilt das Dekret in der Fassung vom 12. Dezember 2018.

§ 75b * Verweisende Gemeinden

¹ Für die Einwohner-, Bürger- und Burgergemeinden, die für ihr Lohnsystem auf dasjenige des kantonalen Personalrechts verweisen, gilt ihr Verweis auf das bisherige Lohnsystem. Für ihren Verweis auf das am 14. Februar 2019 geänderte kantonale Lohnsystem bedarf es ihres ausdrücklichen Beschlusses.

5.2 *

§ 76 * ...

5.3 *

§ 77 * ...

5.4 Schlussbestimmungen

§ 78 Aufhebung bisherigen Rechtes

¹ Das Dekret vom 5. Februar 1998¹⁾ zum Personalgesetz (Personaldekret) wird unter Vorbehalt von § 78 Abs. 2 aufgehoben.

² Für Lehrpersonen bleiben die folgenden Paragraphen des Personaldekrets bis zum Schuljahresbeginn 2001/2002 in Kraft: § 8 Abs. 2 und 4, § 9, § 10, § 11 und § 15.

³ § 32 Abs. 1–3 des Dekrets vom 3. Dezember 1979²⁾ zum Schulgesetz werden per Schuljahresbeginn 2001/2002 unter dem Vorbehalt von § 79 Abs 2–4 aufgehoben

§ 79 Inkrafttreten

¹ Die Änderungen treten unter Vorbehalt von § 78 Abs. 2 und 3 am 1. Januar 2001 in Kraft.

² Für Lehrpersonen treten die folgenden Bestimmungen erst per Schuljahresbeginn 2001/2002 in Kraft: § 5 sowie die §§ 9 bis und mit 18 des Personaldekrets.

³ Die Bestimmungen von § 5 sind unter Vorbehalt von § 79 Abs. 5 längstens bis zum Schuljahresende 2005 befristet. *

⁴ Spätestens ab Schuljahresbeginn 2005/2006 wird § 5 durch eine umfassende Regelung der Erbringung der Jahresarbeitszeit durch die Lehrpersonen ersetzt. *

⁵ Erfolgt keine Neuregelung der in § 5 verankerten Bestimmungen, treten die in § 78 Abs. 3 angeführten Bestimmungen wieder in Kraft.

1) GS 33.17, SGS 150.1

2) GS 27.245, SGS 640.1

⁶ Die Bestimmung von § 54 Bst. b tritt am 1. Juli 2000 in Kraft.

⁷ ... *

Änderungstabelle - Nach Beschluss

Beschluss	Inkraft seit	Element	Wirkung	Publiziert mit
08.06.2000	01.01.2001	Erllass	Erstfassung	GS 33.1248
20.02.2003	01.04.2002	§ 7 Abs. 1, lit. b., 2.	geändert	GS 34.871
20.02.2003	01.04.2002	§ 32 Abs. 1	geändert	GS 34.871
20.02.2003	01.04.2002	§ 32 Abs. 1 ^{bis}	eingefügt	GS 34.871
20.02.2003	01.04.2002	§ 32 Abs. 1 ^{ter}	eingefügt	GS 34.871
20.02.2003	01.04.2002	§ 33	totalrevidiert	GS 34.871
20.02.2003	01.04.2002	§ 34	totalrevidiert	GS 34.871
20.02.2003	01.04.2002	§ 35	totalrevidiert	GS 34.871
20.02.2003	01.04.2002	§ 37	totalrevidiert	GS 34.871
20.02.2003	01.04.2002	§ 40	totalrevidiert	GS 34.871
20.02.2003	01.04.2002	§ 49 Abs. 4	eingefügt	GS 34.871
12.06.2003	01.08.2003	Ingress	geändert	GS 34.1085
10.12.2003	01.01.2004	§ 77	aufgehoben	GS 34.1302
10.06.2004	01.08.2004	§ 79 Abs. 3	geändert	GS 35.168
10.06.2004	01.08.2004	§ 79 Abs. 4	geändert	GS 35.168
11.11.2004	01.08.2005	§ 6 Abs. 3	geändert	GS 35.310
11.11.2004	01.08.2005	§ 7 Abs. 3	geändert	GS 35.310
11.11.2004	01.08.2005	§ 12 Abs. 2	geändert	GS 35.310
11.11.2004	01.08.2005	§ 22	totalrevidiert	GS 35.310
11.11.2004	01.08.2005	§ 25 Abs. 2	geändert	GS 35.310
11.11.2004	01.08.2005	Titel 2.8	geändert	GS 35.310
11.11.2004	01.08.2005	§ 45a	eingefügt	GS 35.310
11.11.2004	01.08.2005	Titel 5.3	aufgehoben	GS35.310
23.06.2005	01.01.2006	§ 47	totalrevidiert	GS 35.665
03.11.2005	01.01.2006	§ 34 Abs. 1 ^{bis}	eingefügt	GS 35.882
14.12.2005	01.01.2005	§ 46 Abs. 1	geändert	GS 35.818
14.12.2005	01.01.2005	§ 46 Abs. 2 ^{bis}	eingefügt	GS 35.818
08.03.2007	01.01.2007	§ 4a	totalrevidiert	GS 36.32
22.03.2007	01.04.2007	§ 27	aufgehoben	GS 36.68
22.03.2007	01.04.2007	§ 28	aufgehoben	GS 36.68
22.03.2007	01.04.2007	§ 29a	eingefügt	GS 36.68
22.03.2007	01.04.2007	Titel 5.2	aufgehoben	GS 36.68
22.03.2007	01.04.2007	§ 76	aufgehoben	GS 36.68
29.11.2007	01.01.2008	§ 32 Abs. 2 ^{bis}	eingefügt	GS 36.532
29.11.2007	01.01.2008	§ 32 Abs. 2 ^{ter}	eingefügt	GS 36.532
29.11.2007	01.01.2008	§ 32 Abs. 4	aufgehoben	GS 36.532
05.06.2008	01.01.2008	§ 49 Abs. 2	geändert	GS 36.672
12.03.2009	01.01.2011	§ 58 Abs. 1	geändert	GS 37.97

Beschluss	Inkraft seit	Element	Wirkung	Publiziert mit
15.04.2010	01.01.2011	§ 32a	totalrevidiert	GS 37.209
15.04.2010	01.04.2010	§ 33a	eingefügt	GS 37.57
15.04.2010	01.04.2010	§ 36 Abs. 1	geändert	GS 37.57
15.04.2010	01.04.2010	§ 37 Abs. 1	geändert	GS 37.57
17.06.2010	01.08.2015	§ 5 Abs. 3	aufgehoben	GS 2015.035
17.06.2010	01.08.2015	Anhang 3	Inhalt geändert	GS 2015.035
25.11.2010	01.07.2011	§ 26	aufgehoben	GS 37.391
25.11.2010	01.07.2011	§ 29	totalrevidiert	GS 37.391
09.12.2010	01.01.2012	§ 6 Abs. 2	geändert	GS 37.299
09.12.2010	01.01.2012	§ 7 Abs. 1, lit. a.	aufgehoben	GS 37.299
13.01.2011	01.01.2011	§ 32a Abs. 6	eingefügt	GS 37.374
17.11.2011	01.01.2012	§ 4 Abs. 1	geändert	GS 37.710
17.11.2011	01.01.2012	§ 5b	eingefügt	GS 37.710
17.11.2011	01.01.2012	§ 9 Abs. 2	geändert	GS 37.710
17.11.2011	01.01.2012	§ 10 Abs. 3	eingefügt	GS 37.710
17.11.2011	01.01.2012	§ 10 Abs. 4	eingefügt	GS 37.710
17.11.2011	01.01.2012	§ 13	totalrevidiert	GS 37.710
17.11.2011	01.01.2012	§ 14	totalrevidiert	GS 37.710
17.11.2011	01.01.2012	§ 15	totalrevidiert	GS 37.710
17.11.2011	01.01.2012	§ 16	totalrevidiert	GS 37.710
17.11.2011	01.01.2012	§ 17a	eingefügt	GS 37.710
17.11.2011	01.01.2012	§ 23	Titel geändert	GS 37.710
17.11.2011	01.01.2012	§ 23 Abs. 1	geändert	GS 37.710
17.11.2011	01.01.2012	§ 32a Abs. 1	geändert	GS 37.710
17.11.2011	01.01.2012	§ 32a Abs. 1 ^{bis}	eingefügt	GS 37.710
17.11.2011	01.01.2012	§ 50	totalrevidiert	GS 37.710
17.11.2011	01.01.2012	§ 50a	totalrevidiert	GS 37.710
17.11.2011	01.01.2012	§ 53 Abs. 2	geändert	GS 37.710
17.11.2011	01.01.2012	§ 79 Abs. 7	aufgehoben	GS 37.710
17.11.2011	01.01.2013	§ 32 Abs. 2 ^{quater}	aufgehoben	GS 37.883
09.02.2012	01.07.2012	§ 50a Abs. 1	geändert	GS 37.888
09.02.2012	01.07.2012	§ 50a Abs. 3	geändert	GS 37.888
09.02.2012	01.07.2012	§ 50a Abs. 4	eingefügt	GS 37.888
09.02.2012	01.07.2012	§ 66	aufgehoben	GS 37.888
22.03.2012	01.08.2012	§ 21a	eingefügt	GS 37.884
22.03.2012	01.04.2014	§ 34 Abs. 2	geändert	GS 38.43
22.03.2012	01.04.2014	§ 35 Abs. 1, lit. b.	geändert	GS 38.43
22.03.2012	01.04.2014	§ 37 Abs. 2	geändert	GS 38.43
29.03.2012	01.08.2013	§ 5	totalrevidiert	GS 37.885
07.02.2013	01.08.2015	Ingress	geändert	GS 38.0060
07.02.2013	01.08.2015	§ 5 Abs. 1, lit. a.	geändert	GS 38.0060

Beschluss	Inkraft seit	Element	Wirkung	Publiziert mit
07.02.2013	01.08.2015	§ 5 Abs. 1, lit. b.	geändert	GS 38.0060
07.02.2013	01.08.2015	§ 34 Abs. 1 ^{bis}	geändert	GS 38.0060
07.02.2013	01.08.2015	Anhang 3	Inhalt geändert	GS 38.0060
16.05.2013	01.01.2015	§ 50 Abs. 1	geändert	GS 38.0281
16.05.2013	01.01.2015	§ 50a Abs. 1	aufgehoben	GS 38.0281
16.05.2013	01.01.2015	§ 50a Abs. 2	aufgehoben	GS 38.0281
16.05.2013	01.01.2015	§ 50a Abs. 3	aufgehoben	GS 38.0281
16.05.2013	01.01.2015	Anhang 3	Inhalt geändert	GS 38.0281
16.05.2013	01.07.2013	§ 12 Abs. 3	eingefügt	GS 38.227
28.11.2013	01.01.2014	§ 4 Abs. 3	aufgehoben	GS 38.315
28.11.2013	01.01.2014	§ 5 Abs. 1, lit. e.	geändert	GS 38.315
28.11.2013	01.01.2014	§ 5 Abs. 1, lit. f.	geändert	GS 38.315
28.11.2013	01.01.2014	§ 5 Abs. 1, lit. g.	geändert	GS 38.315
28.11.2013	01.01.2014	§ 5 Abs. 1 ^{bis} , lit. c.	geändert	GS 38.315
28.11.2013	01.01.2014	§ 5 Abs. 1 ^{bis} , lit. d.	geändert	GS 38.315
28.11.2013	01.01.2014	§ 5 Abs. 1 ^{bis} , lit. e.	geändert	GS 38.315
28.11.2013	01.01.2014	§ 5a	totalrevidiert	GS 38.315
28.11.2013	01.01.2014	§ 8 Abs. 5	geändert	GS 38.315
28.11.2013	01.01.2014	§ 39	totalrevidiert	GS 38.315
28.11.2013	01.01.2014	§ 48	totalrevidiert	GS 38.315
28.11.2013	01.01.2014	§ 66a	eingefügt	GS 38.315
16.01.2014	01.01.2015	§ 3	Titel geändert	GS 2014.048
16.01.2014	01.01.2015	§ 3 Abs. 1	geändert	GS 2014.048
16.01.2014	01.01.2015	Anhang 3	Name und Inhalt geändert	GS 2014.048
10.12.2014	01.01.2015	Anhang 2	Name und Inhalt geändert	GS 2014.127
10.12.2014	01.01.2015	Anhang 3	Inhalt geändert	GS 2014.127
22.10.2015	01.01.2016	Anhang 2	Name und Inhalt geändert	GS 2015.059
22.10.2015	01.01.2016	Anhang 3	Inhalt geändert	GS 2015.059
02.06.2016	01.08.2016	§ 5 Abs. 1, lit. c.	geändert	GS 2016.017
02.06.2016	01.08.2016	§ 5 Abs. 1, lit. d.	geändert	GS 2016.017
02.06.2016	01.08.2016	§ 5 Abs. 1, lit. e.	geändert	GS 2016.017
02.06.2016	01.08.2016	§ 5 Abs. 1, lit. f.	geändert	GS 2016.017
02.06.2016	01.08.2016	§ 5 Abs. 1, lit. g.	geändert	GS 2016.017
02.06.2016	01.08.2016	§ 5 Abs. 1, lit. h.	geändert	GS 2016.017
02.06.2016	01.08.2016	§ 5 Abs. 1 ^{bis}	aufgehoben	GS 2016.017
02.06.2016	01.08.2016	§ 5 Abs. 1 ^{ter}	eingefügt	GS 2016.017
02.06.2016	01.08.2016	§ 5 Abs. 2	geändert	GS 2016.017
02.06.2016	01.08.2016	Anhang 3	Inhalt geändert	GS 2016.017
16.06.2016	01.01.2017	§ 31 Abs. 2	geändert	GS 2016.022
16.06.2016	01.01.2017	§ 31 Abs. 3	eingefügt	GS 2016.022
16.06.2016	01.01.2017	§ 32 Abs. 1	geändert	GS 2016.022

Beschluss	Inkraft seit	Element	Wirkung	Publiziert mit
16.06.2016	01.01.2017	§ 32 Abs. 1a	eingefügt	GS 2016.022
16.06.2016	01.01.2017	§ 43 Abs. 1	geändert	GS 2016.022
16.06.2016	01.01.2017	§ 43 Abs. 2	eingefügt	GS 2016.022
16.06.2016	01.01.2017	Anhang 3	Inhalt geändert	GS 2016.022
08.09.2016	01.08.2017	§ 5a	aufgehoben	GS 2016.042
08.09.2016	01.08.2017	Anhang 3	Inhalt geändert	GS 2016.042
14.12.2016	01.01.2017	Anhang 2	Name und Inhalt geändert	GS 2016.086
14.12.2016	01.01.2017	Anhang 3	Inhalt geändert	GS 2016.086
12.12.2018	01.01.2019	Anhang 2	Name und Inhalt geändert	GS 2018.090
12.12.2018	01.01.2019	Anhang 3	Inhalt geändert	GS 2018.090
14.02.2019	01.01.2021	§ 9 Abs. 2	geändert	GS 2019.008
14.02.2019	01.01.2021	§ 10 Abs. 3	geändert	GS 2019.008
14.02.2019	01.01.2021	§ 11	Titel geändert	GS 2019.008
14.02.2019	01.01.2021	§ 11 Abs. 1	geändert	GS 2019.008
14.02.2019	01.01.2021	§ 11 Abs. 1 ^{bis}	eingefügt	GS 2019.008
14.02.2019	01.01.2021	§ 11 Abs. 2	geändert	GS 2019.008
14.02.2019	01.01.2021	§ 11 Abs. 3	geändert	GS 2019.008
14.02.2019	01.01.2021	§ 12 Abs. 1	geändert	GS 2019.008
14.02.2019	01.01.2021	§ 13	Titel geändert	GS 2019.008
14.02.2019	01.01.2021	§ 13 Abs. 1	geändert	GS 2019.008
14.02.2019	01.01.2021	§ 13 Abs. 4	geändert	GS 2019.008
14.02.2019	01.01.2021	§ 13 Abs. 5	geändert	GS 2019.008
14.02.2019	01.01.2021	§ 14	Titel geändert	GS 2019.008
14.02.2019	01.01.2021	§ 14 Abs. 1	geändert	GS 2019.008
14.02.2019	01.01.2021	§ 14 Abs. 3	geändert	GS 2019.008
14.02.2019	01.01.2021	§ 15	Titel geändert	GS 2019.008
14.02.2019	01.01.2021	§ 15 Abs. 1	geändert	GS 2019.008
14.02.2019	01.01.2021	§ 15 Abs. 1 ^{bis}	eingefügt	GS 2019.008
14.02.2019	01.01.2021	§ 15 Abs. 2	geändert	GS 2019.008
14.02.2019	01.01.2021	§ 15 Abs. 3	geändert	GS 2019.008
14.02.2019	01.01.2021	§ 16	aufgehoben	GS 2019.008
14.02.2019	01.01.2021	§ 17 Abs. 1	geändert	GS 2019.008
14.02.2019	01.01.2021	§ 18 Abs. 1	geändert	GS 2019.008
14.02.2019	01.01.2021	§ 18 Abs. 1, lit. a.	geändert	GS 2019.008
14.02.2019	01.01.2021	§ 18 Abs. 1, lit. b.	geändert	GS 2019.008
14.02.2019	01.01.2021	Titel 5.1.1	eingefügt	GS 2019.008
14.02.2019	01.01.2021	§ 75a	eingefügt	GS 2019.008
14.02.2019	01.01.2021	§ 75b	eingefügt	GS 2019.008
14.02.2019	01.01.2021	Anhang 3	Inhalt geändert	GS 2019.008
12.12.2019	01.01.2020	§ 49 Abs. 2	geändert	GS 2019.078
12.12.2019	01.01.2020	Anhang 2	Name und Inhalt geändert	GS 2019.078

Beschluss	Inkraft seit	Element	Wirkung	Publiziert mit
12.12.2019	01.01.2020	Anhang 3	Inhalt geändert	GS 2019.078
16.01.2020	01.01.2020	§ 32a Abs. 1, lit. g.	geändert	GS 2020.006
16.01.2020	01.01.2020	§ 32a Abs. 1, lit. h.	eingefügt	GS 2020.006
16.01.2020	01.01.2020	Anhang 3	Inhalt geändert	GS 2020.006
03.12.2020	01.01.2021	Anhang 2	Name und Inhalt geändert	GS 2020.122
03.12.2020	01.01.2021	Anhang 3	Inhalt geändert	GS 2020.122

Änderungstabelle - Nach Artikel

Element	Beschluss	Inkraft seit	Wirkung	Publiziert mit
Erllass	08.06.2000	01.01.2001	Erstfassung	GS 33.1248
Ingress	12.06.2003	01.08.2003	geändert	GS 34.1085
Ingress	07.02.2013	01.08.2015	geändert	GS 38.0060
§ 3	16.01.2014	01.01.2015	Titel geändert	GS 2014.048
§ 3 Abs. 1	16.01.2014	01.01.2015	geändert	GS 2014.048
§ 4 Abs. 1	17.11.2011	01.01.2012	geändert	GS 37.710
§ 4 Abs. 3	28.11.2013	01.01.2014	aufgehoben	GS 38.315
§ 4a	08.03.2007	01.01.2007	totalrevidiert	GS 36.32
§ 5	29.03.2012	01.08.2013	totalrevidiert	GS 37.885
§ 5 Abs. 1, lit. a.	07.02.2013	01.08.2015	geändert	GS 38.0060
§ 5 Abs. 1, lit. b.	07.02.2013	01.08.2015	geändert	GS 38.0060
§ 5 Abs. 1, lit. c.	02.06.2016	01.08.2016	geändert	GS 2016.017
§ 5 Abs. 1, lit. d.	02.06.2016	01.08.2016	geändert	GS 2016.017
§ 5 Abs. 1, lit. e.	28.11.2013	01.01.2014	geändert	GS 38.315
§ 5 Abs. 1, lit. e.	02.06.2016	01.08.2016	geändert	GS 2016.017
§ 5 Abs. 1, lit. f.	28.11.2013	01.01.2014	geändert	GS 38.315
§ 5 Abs. 1, lit. f.	02.06.2016	01.08.2016	geändert	GS 2016.017
§ 5 Abs. 1, lit. g.	28.11.2013	01.01.2014	geändert	GS 38.315
§ 5 Abs. 1, lit. g.	02.06.2016	01.08.2016	geändert	GS 2016.017
§ 5 Abs. 1, lit. h.	02.06.2016	01.08.2016	geändert	GS 2016.017
§ 5 Abs. 1 ^{bis}	02.06.2016	01.08.2016	aufgehoben	GS 2016.017
§ 5 Abs. 1 ^{bis} , lit. c.	28.11.2013	01.01.2014	geändert	GS 38.315
§ 5 Abs. 1 ^{bis} , lit. d.	28.11.2013	01.01.2014	geändert	GS 38.315
§ 5 Abs. 1 ^{bis} , lit. e.	28.11.2013	01.01.2014	geändert	GS 38.315
§ 5 Abs. 1 ^{ter}	02.06.2016	01.08.2016	eingefügt	GS 2016.017
§ 5 Abs. 2	02.06.2016	01.08.2016	geändert	GS 2016.017
§ 5 Abs. 3	17.06.2010	01.08.2015	aufgehoben	GS 2015.035
§ 5a	28.11.2013	01.01.2014	totalrevidiert	GS 38.315
§ 5a	08.09.2016	01.08.2017	aufgehoben	GS 2016.042
§ 5b	17.11.2011	01.01.2012	eingefügt	GS 37.710
§ 6 Abs. 2	09.12.2010	01.01.2012	geändert	GS 37.299
§ 6 Abs. 3	11.11.2004	01.08.2005	geändert	GS 35.310
§ 7 Abs. 1, lit. a.	09.12.2010	01.01.2012	aufgehoben	GS 37.299
§ 7 Abs. 1, lit. b., 2.	20.02.2003	01.04.2002	geändert	GS 34.871
§ 7 Abs. 3	11.11.2004	01.08.2005	geändert	GS 35.310
§ 8 Abs. 5	28.11.2013	01.01.2014	geändert	GS 38.315
§ 9 Abs. 2	17.11.2011	01.01.2012	geändert	GS 37.710
§ 9 Abs. 2	14.02.2019	01.01.2021	geändert	GS 2019.008

Element	Beschluss	Inkraft seit	Wirkung	Publiziert mit
§ 10 Abs. 3	17.11.2011	01.01.2012	eingefügt	GS 37.710
§ 10 Abs. 3	14.02.2019	01.01.2021	geändert	GS 2019.008
§ 10 Abs. 4	17.11.2011	01.01.2012	eingefügt	GS 37.710
§ 11	14.02.2019	01.01.2021	Titel geändert	GS 2019.008
§ 11 Abs. 1	14.02.2019	01.01.2021	geändert	GS 2019.008
§ 11 Abs. 1 ^{bis}	14.02.2019	01.01.2021	eingefügt	GS 2019.008
§ 11 Abs. 2	14.02.2019	01.01.2021	geändert	GS 2019.008
§ 11 Abs. 3	14.02.2019	01.01.2021	geändert	GS 2019.008
§ 12 Abs. 1	14.02.2019	01.01.2021	geändert	GS 2019.008
§ 12 Abs. 2	11.11.2004	01.08.2005	geändert	GS 35.310
§ 12 Abs. 3	16.05.2013	01.07.2013	eingefügt	GS 38.227
§ 13	17.11.2011	01.01.2012	totalrevidiert	GS 37.710
§ 13	14.02.2019	01.01.2021	Titel geändert	GS 2019.008
§ 13 Abs. 1	14.02.2019	01.01.2021	geändert	GS 2019.008
§ 13 Abs. 4	14.02.2019	01.01.2021	geändert	GS 2019.008
§ 13 Abs. 5	14.02.2019	01.01.2021	geändert	GS 2019.008
§ 14	17.11.2011	01.01.2012	totalrevidiert	GS 37.710
§ 14	14.02.2019	01.01.2021	Titel geändert	GS 2019.008
§ 14 Abs. 1	14.02.2019	01.01.2021	geändert	GS 2019.008
§ 14 Abs. 3	14.02.2019	01.01.2021	geändert	GS 2019.008
§ 15	17.11.2011	01.01.2012	totalrevidiert	GS 37.710
§ 15	14.02.2019	01.01.2021	Titel geändert	GS 2019.008
§ 15 Abs. 1	14.02.2019	01.01.2021	geändert	GS 2019.008
§ 15 Abs. 1 ^{bis}	14.02.2019	01.01.2021	eingefügt	GS 2019.008
§ 15 Abs. 2	14.02.2019	01.01.2021	geändert	GS 2019.008
§ 15 Abs. 3	14.02.2019	01.01.2021	geändert	GS 2019.008
§ 16	17.11.2011	01.01.2012	totalrevidiert	GS 37.710
§ 16	14.02.2019	01.01.2021	aufgehoben	GS 2019.008
§ 17 Abs. 1	14.02.2019	01.01.2021	geändert	GS 2019.008
§ 17a	17.11.2011	01.01.2012	eingefügt	GS 37.710
§ 18 Abs. 1	14.02.2019	01.01.2021	geändert	GS 2019.008
§ 18 Abs. 1, lit. a.	14.02.2019	01.01.2021	geändert	GS 2019.008
§ 18 Abs. 1, lit. b.	14.02.2019	01.01.2021	geändert	GS 2019.008
§ 21a	22.03.2012	01.08.2012	eingefügt	GS 37.884
§ 22	11.11.2004	01.08.2005	totalrevidiert	GS 35.310
§ 23	17.11.2011	01.01.2012	Titel geändert	GS 37.710
§ 23 Abs. 1	17.11.2011	01.01.2012	geändert	GS 37.710
§ 25 Abs. 2	11.11.2004	01.08.2005	geändert	GS 35.310
§ 26	25.11.2010	01.07.2011	aufgehoben	GS 37.391
§ 27	22.03.2007	01.04.2007	aufgehoben	GS 36.68
§ 28	22.03.2007	01.04.2007	aufgehoben	GS 36.68

Element	Beschluss	Inkraft seit	Wirkung	Publiziert mit
§ 29	25.11.2010	01.07.2011	totalrevidiert	GS 37.391
§ 29a	22.03.2007	01.04.2007	eingefügt	GS 36.68
§ 31 Abs. 2	16.06.2016	01.01.2017	geändert	GS 2016.022
§ 31 Abs. 3	16.06.2016	01.01.2017	eingefügt	GS 2016.022
§ 32 Abs. 1	20.02.2003	01.04.2002	geändert	GS 34.871
§ 32 Abs. 1	16.06.2016	01.01.2017	geändert	GS 2016.022
§ 32 Abs. 1a	16.06.2016	01.01.2017	eingefügt	GS 2016.022
§ 32 Abs. 1 ^{bis}	20.02.2003	01.04.2002	eingefügt	GS 34.871
§ 32 Abs. 1 ^{ter}	20.02.2003	01.04.2002	eingefügt	GS 34.871
§ 32 Abs. 2 ^{bis}	29.11.2007	01.01.2008	eingefügt	GS 36.532
§ 32 Abs. 2 ^{ter}	29.11.2007	01.01.2008	eingefügt	GS 36.532
§ 32 Abs. 2 ^{quater}	17.11.2011	01.01.2013	aufgehoben	GS 37.883
§ 32 Abs. 4	29.11.2007	01.01.2008	aufgehoben	GS 36.532
§ 32a	15.04.2010	01.01.2011	totalrevidiert	GS 37.209
§ 32a Abs. 1	17.11.2011	01.01.2012	geändert	GS 37.710
§ 32a Abs. 1, lit. g.	16.01.2020	01.01.2020	geändert	GS 2020.006
§ 32a Abs. 1, lit. h.	16.01.2020	01.01.2020	eingefügt	GS 2020.006
§ 32a Abs. 1 ^{bis}	17.11.2011	01.01.2012	eingefügt	GS 37.710
§ 32a Abs. 6	13.01.2011	01.01.2011	eingefügt	GS 37.374
§ 33	20.02.2003	01.04.2002	totalrevidiert	GS 34.871
§ 33a	15.04.2010	01.04.2010	eingefügt	GS 37.57
§ 34	20.02.2003	01.04.2002	totalrevidiert	GS 34.871
§ 34 Abs. 1 ^{bis}	03.11.2005	01.01.2006	eingefügt	GS 35.882
§ 34 Abs. 1 ^{bis}	07.02.2013	01.08.2015	geändert	GS 38.0060
§ 34 Abs. 2	22.03.2012	01.04.2014	geändert	GS 38.43
§ 35	20.02.2003	01.04.2002	totalrevidiert	GS 34.871
§ 35 Abs. 1, lit. b.	22.03.2012	01.04.2014	geändert	GS 38.43
§ 36 Abs. 1	15.04.2010	01.04.2010	geändert	GS 37.57
§ 37	20.02.2003	01.04.2002	totalrevidiert	GS 34.871
§ 37 Abs. 1	15.04.2010	01.04.2010	geändert	GS 37.57
§ 37 Abs. 2	22.03.2012	01.04.2014	geändert	GS 38.43
§ 39	28.11.2013	01.01.2014	totalrevidiert	GS 38.315
§ 40	20.02.2003	01.04.2002	totalrevidiert	GS 34.871
§ 43 Abs. 1	16.06.2016	01.01.2017	geändert	GS 2016.022
§ 43 Abs. 2	16.06.2016	01.01.2017	eingefügt	GS 2016.022
Titel 2.8	11.11.2004	01.08.2005	geändert	GS 35.310
§ 45a	11.11.2004	01.08.2005	eingefügt	GS 35.310
§ 46 Abs. 1	14.12.2005	01.01.2005	geändert	GS 35.818
§ 46 Abs. 2 ^{bis}	14.12.2005	01.01.2005	eingefügt	GS 35.818
§ 47	23.06.2005	01.01.2006	totalrevidiert	GS 35.665
§ 48	28.11.2013	01.01.2014	totalrevidiert	GS 38.315

Element	Beschluss	Inkraft seit	Wirkung	Publiziert mit
§ 49 Abs. 2	05.06.2008	01.01.2008	geändert	GS 36.672
§ 49 Abs. 2	12.12.2019	01.01.2020	geändert	GS 2019.078
§ 49 Abs. 4	20.02.2003	01.04.2002	eingefügt	GS 34.871
§ 50	17.11.2011	01.01.2012	totalrevidiert	GS 37.710
§ 50 Abs. 1	16.05.2013	01.01.2015	geändert	GS 38.0281
§ 50a	17.11.2011	01.01.2012	totalrevidiert	GS 37.710
§ 50a Abs. 1	09.02.2012	01.07.2012	geändert	GS 37.888
§ 50a Abs. 1	16.05.2013	01.01.2015	aufgehoben	GS 38.0281
§ 50a Abs. 2	16.05.2013	01.01.2015	aufgehoben	GS 38.0281
§ 50a Abs. 3	09.02.2012	01.07.2012	geändert	GS 37.888
§ 50a Abs. 3	16.05.2013	01.01.2015	aufgehoben	GS 38.0281
§ 50a Abs. 4	09.02.2012	01.07.2012	eingefügt	GS 37.888
§ 53 Abs. 2	17.11.2011	01.01.2012	geändert	GS 37.710
§ 58 Abs. 1	12.03.2009	01.01.2011	geändert	GS 37.97
§ 66	09.02.2012	01.07.2012	aufgehoben	GS 37.888
§ 66a	28.11.2013	01.01.2014	eingefügt	GS 38.315
Titel 5.1.1	14.02.2019	01.01.2021	eingefügt	GS 2019.008
§ 75a	14.02.2019	01.01.2021	eingefügt	GS 2019.008
§ 75b	14.02.2019	01.01.2021	eingefügt	GS 2019.008
Titel 5.2	22.03.2007	01.04.2007	aufgehoben	GS 36.68
§ 76	22.03.2007	01.04.2007	aufgehoben	GS 36.68
Titel 5.3	11.11.2004	01.08.2005	aufgehoben	GS35.310
§ 77	10.12.2003	01.01.2004	aufgehoben	GS 34.1302
§ 79 Abs. 3	10.06.2004	01.08.2004	geändert	GS 35.168
§ 79 Abs. 4	10.06.2004	01.08.2004	geändert	GS 35.168
§ 79 Abs. 7	17.11.2011	01.01.2012	aufgehoben	GS 37.710
Anhang 2	10.12.2014	01.01.2015	Name und Inhalt geändert	GS 2014.127
Anhang 2	22.10.2015	01.01.2016	Name und Inhalt geändert	GS 2015.059
Anhang 2	14.12.2016	01.01.2017	Name und Inhalt geändert	GS 2016.086
Anhang 2	12.12.2018	01.01.2019	Name und Inhalt geändert	GS 2018.090
Anhang 2	12.12.2019	01.01.2020	Name und Inhalt geändert	GS 2019.078
Anhang 2	03.12.2020	01.01.2021	Name und Inhalt geändert	GS 2020.122
Anhang 3	17.06.2010	01.08.2015	Inhalt geändert	GS 2015.035
Anhang 3	07.02.2013	01.08.2015	Inhalt geändert	GS 38.0060
Anhang 3	16.05.2013	01.01.2015	Inhalt geändert	GS 38.0281
Anhang 3	16.01.2014	01.01.2015	Name und Inhalt geändert	GS 2014.048
Anhang 3	10.12.2014	01.01.2015	Inhalt geändert	GS 2014.127
Anhang 3	22.10.2015	01.01.2016	Inhalt geändert	GS 2015.059
Anhang 3	02.06.2016	01.08.2016	Inhalt geändert	GS 2016.017
Anhang 3	16.06.2016	01.01.2017	Inhalt geändert	GS 2016.022
Anhang 3	08.09.2016	01.08.2017	Inhalt geändert	GS 2016.042

Element	Beschluss	Inkraft seit	Wirkung	Publiziert mit
Anhang 3	14.12.2016	01.01.2017	Inhalt geändert	GS 2016.086
Anhang 3	12.12.2018	01.01.2019	Inhalt geändert	GS 2018.090
Anhang 3	14.02.2019	01.01.2021	Inhalt geändert	GS 2019.008
Anhang 3	12.12.2019	01.01.2020	Inhalt geändert	GS 2019.078
Anhang 3	16.01.2020	01.01.2020	Inhalt geändert	GS 2020.006
Anhang 3	03.12.2020	01.01.2021	Inhalt geändert	GS 2020.122

Anhang I (Personaldekret): Einreichungsplan

Administrative Funktionen

Funktionsbereich 1

LB	von	bis	28	27	26	25	24	23	22	21	20	19	18	17	16	15	14	13	12	11	10	9	8	7	6	5	4	3	2	1
101	Administrative Angestellte	26	19			■	■	■	■	■	■	■																		
102	Sachbearbeitung 2	19	13									■	■	■	■	■	■													
103	Sachbearbeitung 1 (wiss.)	14	7														■	■	■	■	■	■	■	■						
111	Spezifische Führungsfunktion	18	10									■	■	■	■	■	■	■	■	■	■									

Handwerklich-technische und hauswirtschaftliche Funktionen

Funktionsbereich 2

LB	von	bis	28	27	26	25	24	23	22	21	20	19	18	17	16	15	14	13	12	11	10	9	8	7	6	5	4	3	2	1
201	Betriebsangestellte	28	20	■	■	■	■	■	■	■	■	■																		
202	Handwerklich-technische und hauswirtschaftliche Angestellte	20	13								■	■	■	■	■	■	■	■												
203	Technisch-wissenschaftliche Angestellte	14	7														■	■	■	■	■	■	■	■						
211	Spezifische Führungsfunktion	18	11									■	■	■	■	■	■	■	■	■										

Gesundheit und Soziales

Funktionsbereich 3

LB	von	bis	28	27	26	25	24	23	22	21	20	19	18	17	16	15	14	13	12	11	10	9	8	7	6	5	4	3	2	1
301	Pflege- und Betreuungsmitarbeit	26	21			■	■	■	■	■	■																			
302	Krankenpflege FA SRK	20	19								■	■																		
303	Diplomierte Krankenpflege	18	13									■	■	■	■	■	■													
304	Spezifische Führungsfunktion	15	13														■	■	■											
305	Spezifische Führungsfunktion	13	11															■	■	■										
311	Medizinisch-Technische Mithilfe	27	22	■	■	■	■	■	■																					
312	Medizinisch-Technische Angestellte	21	18							■	■	■	■																	
313	Medizinisch-Technische Assistenz	18	15									■	■	■	■															
314	Spezifische Führungsfunktion	15	12														■	■	■	■										
321	Therapiehilfe	25	22			■	■	■	■																					
322	Therapieangestellte	21	18							■	■	■	■																	
323	Diplomierte Therapieangestellte	17	14										■	■	■	■														
324	Spezifische Führungsfunktion	14	11														■	■	■	■										
331	Psychologie und Psychotherapie	12	8																■	■	■	■	■							
332	Arztfunktionen	12	2																	■	■	■	■	■	■	■	■	■	■	■
341	Sozialpädagogik	19	14									■	■	■	■	■														
342	Sozialarbeit	16	13										■	■	■	■														
351	Seelsorge	9	9																				■							

Anhang I (Personaldekret): Einreichungsplan

Bildungswesen

Funktionsbereich 4

LB von bis	28	27	26	25	24	23	22	21	20	19	18	17	16	15	14	13	12	11	10	9	8	7	6	5	4	3	2	1	
401 Kindergarten	14	11														■	■	■	■										
402 Primarschule	14	10														■	■	■	■	■									
403 Realschule / 404 Berufswahlklasse	13	11														■	■	■											
405 Heilpädagogik	11	10																■	■										
406 Werkjahr	13	10														■	■	■	■										
407 Sekundarschule	13	9														■	■	■	■	■									
408 Gymnasium	12	9															■	■	■	■									
409 Gewerblich-Industrielle Berufsschule	11	9																■	■	■									
410 Handelsschule KV	13	9														■	■	■	■	■									
411 Jugendmusikschule	12	12															■												
412 Kantonale Technikerschule	10	10																		■									
414 Logopädie / Psychomotorik	13	12														■	■												

Justiz

Funktionsbereich 5

LB von bis	28	27	26	25	24	23	22	21	20	19	18	17	16	15	14	13	12	11	10	9	8	7	6	5	4	3	2	1	
501 Untersuchungsfunktion	14	9														■	■	■	■	■	■								
504 Staatsanwalt/-anwältin	9	6																		■	■	■	■	*					
505 Gerichtsschreiber/in	11	6																■	■	■	■	■	■						
506 Gerichtspräsident/in 1. Instanz	4	3																							■	■			

* Lohnband 6 kommt nur zur Anwendung, wenn der Regierungsrat eine entsprechende, durch die Bewertungskommission bewertete Modellumschreibung beschliesst.

Polizei

Funktionsbereich 6

LB von bis	28	27	26	25	24	23	22	21	20	19	18	17	16	15	14	13	12	11	10	9	8	7	6	5	4	3	2	1	
601 Polizeiaspirant/in	19	19								■																			
602 Polizeiliche Sachbearbeitungsfunktion	18	14									■	■	■	■	■														
603 Polizeiliche Führungsfunktion - Fachspezialist/in	13	11														■	■	■											

Allgemeine Führungsfunktionen

Funktionsbereich 7

LB von bis	28	27	26	25	24	23	22	21	20	19	18	17	16	15	14	13	12	11	10	9	8	7	6	5	4	3	2	1
711 Allgemeine Führungsfunktion 2	12	7															■	■	■	■	■	■						
712 Allgemeine Führungsfunktion 1	7	1																			■	■	■	■	■	■	■	■

Lohntabelle 2021

Anhang II zum Personaldekret (SGS 150.1)

Inhalt

- Gewährter Teuerungsgleich und Berechnungsgrundlagen
- Lohntabelle für die Lohnbänder 1–28
- Familien- und Erziehungszulagen
- Ansätze für Ausnahmen vom System der Lohnbänder

Gewährter Teuerungsausgleich		(theoretischer Lohnindex, 2015 = 100)
2015	0.0%	100.0
2016	0.0%	100.0
2017	0.0%	100.0
2018	0.0%	100.0
2019	1.4%	101.4
2020	0.5%	101.9
2021	0.0%	101.2

Berechnungsgrundlage

Jahresstunden	261 Tage	x	8.4 Stunden	2'192.4 Stunden
Monatsstunden	2'192.40 Jahresstunden	:	12 Monate	182.7 Stunden
Stunden pro Woche	8.4 Stunden	x	5 Tage	42 Stunden

Lohntabelle 2021

(Jahreslohn inkl. 13. Monatslohn)

Lohnband	Minimum Erfahrungswert C	Funktionslohn Erfahrungswert 1	Maximum Erfahrungswert 27
1	172'028.35	195'817.05	264'602.00
2	162'739.20	185'198.00	250'879.85
3	153'445.50	174'578.95	237'162.25
4	144'155.70	163'957.95	223'445.95
5	134'858.10	153'336.30	209'728.35
6	125'567.00	142'716.60	196'014.65
7	116'174.50	132'097.55	182'290.55
8	107'613.35	122'519.15	168'619.75
9	99'979.10	113'831.90	156'280.15
10	93'300.35	106'204.15	145'297.75
11	87'107.15	99'129.55	135'684.90
12	81'396.25	92'599.65	126'770.15
13	76'133.85	86'587.80	118'490.45
14	71'390.80	81'160.95	110'754.15
15	67'091.70	76'246.30	103'753.00
16	63'272.30	71'884.15	97'426.55
17	59'925.45	68'071.25	91'822.25
18	57'019.30	64'808.25	86'915.40
19	54'454.40	61'947.60	82'721.60
20	51'936.95	59'104.50	79'026.35
21	49'729.55	56'638.40	75'414.30
22	47'700.90	54'373.15	72'414.55
23	45'852.95	52'308.10	69'658.55
24	44'174.65	50'440.00	67'159.30
25	42'669.90	48'771.45	64'907.05
26	41'379.00	47'326.50	62'899.85
27	40'188.20	46'031.05	61'144.20
28	39'212.55	44'959.20	59'626.45

Familien- und Erziehungszulagen 2021 in CHF

Erziehungszulage bei einer Vollzeitbeschäftigung, monatlich*

a. bis			5'870.90	=	432.20
b. von	5'870.95	bis	7'281.15	=	398.90
c. von	7'281.20	bis	8'691.30	=	365.80
d. über			8'691.35	=	332.35

* Die Grenzbeträge beziehen sich auf den Monatslohn gemäss Lohn­tabelle bei einer 100%-Beschäftigung. Die Erziehungszulage wird im Verhältnis zum Beschäftigungsgrad ausgerichtet (§ 29 Abs. 4 Personaldekret). Wird der Jahreslohn in 12 Monatslöhnen und nicht in 13 Monatslöhnen ausgerichtet, beziehen sich die Grenzbeträge auf den Dreizehtel des Jahreslohns.

Familienzulagen (Kinder- und Ausbildungszulage)

Die monatliche Kinderzulage beträgt pro Kind	200.00
Die monatliche Ausbildungszulage beträgt pro Kind	250.00

Ausnahmen vom System der Lohnbänder

(Ansätze mit Verweis auf Anhang II, Ziffer 2, alle Werte in CHF)

Gruppe A:

Ansatz A 1	25'728.30
Ansatz A 2	24'591.20
Ansatz A 3	24'022.50
Ansatz A 4.1	22'901.30
Ansatz A 4.2	22'467.00
Ansatz A 4.3	22'032.60

Gruppe B:

	Minimallohn	Maximallohn
Ansatz B 1	14'499.75	17'768.70
Ansatz B 2	22'779.45	26'296.55
Ansatz B 3	25'539.40	29'139.15

Gruppe C: (Sitzungsgelder und Pauschalentschädigungen)

Ansatz C 2	45.00
Ansatz C 3	50.00
Ansatz C 4	200.00
Ansatz C 5.1	180.00
Ansatz C 5.2	210.00
Ansatz C 6	200.00
Ansatz C 7	250.00
Ansatz C 8	1'000.00
Ansatz C 9	150.00 bis 400.00
Ansatz C 10	100.00 bis 300.00
Ansatz C 13.1	3'300.00
Ansatz C 13.2	3'000.00

Gruppe D:

	Minimum	Stufe 1	Stufe 2	Maximum
Ansatz D 1	15'526.65	18'114.40	19'667.10	20'702.20
Ansatz D 2	12'076.30	14'664.05	16'216.75	17'251.85
Ansatz D 3	15'133.20	17'445.20	18'832.40	19'757.25
Ansatz D 4	13'451.70	15'553.60	16'814.65	17'655.40
Ansatz D 5	11'770.30	13'872.10	15'133.20	15'973.90
Ansatz D 6	13'663.20	16'713.35	18'543.45	19'763.55

Hinweise:

Die Ansätze für die Ausbildungs- und Praktikallöhne sind in der Verordnung über die Vergütungen während der Ausbildung (SGS 155.11) festgelegt.

Die Ansätze für weitere Kommissionen und Nebenämter sind in der Verordnung über die Vergütungen für die Inhaberinnen und Inhaber von Nebenämtern und für die Mitglieder von kantonalen Arbeitsgruppen (SGS158.12) festgelegt.

Die Ansätze für die Vergütung von unselbständig Erwerbenden, die für den Kanton Basel-Landschaft Mandate übernehmen und nicht Mitarbeitende im Sinne des Personalgesetzes sind, sind in der Verordnung über die Vergütung von Mandaten an unselbständig Erwerbende (SGS 153.18) festgelegt.

Erlasstitel	Dekret zum Personalgesetz (Personaldekret)
SGS-Nr.	150.1
GS-Nr.	33.1248
Erlassdatum	08.06.2000 (2000/002 , Teilrevision kant. Besoldungswesen)
In Kraft seit	01.01.2001
> Übersicht Systematische Gesetzessammlung des Kantons BL	

Hinweis: Die Links führen in der Regel zum Landratsprotokoll (2. Lesung), woselbst weitere Links auf die entsprechende Landratsvorlage, auf den Kommissionsbericht an den Landrat und das Landratsprotokoll der 1. Lesung zu finden sind. > [Mehr](#)

Änderungen / Ergänzungen / Aufhebungen (chronologisch absteigend)

Datum	GS-Nr.	In Kraft seit	Bemerkungen
03.12.2020	2020.122	01.01.2021	2020/561 , Teuerungsausgleich 2021
16.01.2020	2020.006	01.01.2020	2019/545 , Erstinstanzliche Gerichtspräsidien
12.12.2019	2019.078	01.01.2020	2019/712 , Teuerungsausgleich 2020
14.02.2019	2019.008	01.01.2021	2018/811 , Teilrevision Lohnsystem
12.12.2018	2018.090	01.01.2019	2018/898 , Teuerungsausgleich 2019
14.12.2016	2016.086	01.01.2017	2016/373 , Teuerungsausgleich 2017
08.09.2016	2016.042	01.08.2017	2015/429 , Aufhebung Unterrichtsentlastung
16.06.2016	2016.022	01.01.2017	2016/085 , Vergütung aus Abordnung etc.
02.06.2016	2016.017	01.08.2016	2015/430 , Weiterführung Pensenerhöhung
22.10.2015	2015.059	01.01.2016	2015/355 , Lohnanpassungen
17.06.2010	2015.035	01.08.2015	2009/351 , Harmonisierung Bildungswesen
10.12.2014	2014.127	01.01.2015	2014/390 , Teuerungsausgleich 2015
16.01.2014	2014.048	01.01.2015	2012/227 , Revision Polizeigesetz
28.11.2013	38.315	01.01.2014	2013/291 , Jahresarbeitszeit, Lohnwesen etc.
16.05.2013	38.0281	01.01.2015	2012/176 , Durchführung berufliche Vorsorge durch BLPK
16.05.2013	38.227	01.07.2013	2012/312 , Personalpolitik, -strategie
07.02.2013	38.0060	01.08.2015	2012/225 , Bildungsharmonisierung Primar

29.03.2012	37.885	01.08.2013	wg. Entlastungspaket
22.03.2012	38.43	01.04.2014	Landratsbeschluss Ziffer 4
22.03.2012	37.884	01.08.2012	Landratsbeschluss Ziffer 14
09.02.2012	37.888	01.07.2012	2011/293 , Landratsvorlage
17.11.2011	37.883	01.01.2013	wg. Verselbständigung Spitäler
17.11.2011	37.710	01/01/2012	wg. Bestimmungen zum Lohnwesen
25.11.2010	37.391	01/07/2011	wg. Erziehungszulage
13.01.2011	37.374	01/01/2011	wg. Jugendanwaltschaft
09.12.2010	37.299	01/01/2012	5 Wochen Ferien
15.04.2010	37.209	01/01/2011	Sonderregelung Staatsanwaltschaft
12.03.2009	37.85	01.01.2011	mit EG StPO
15.04.2010	37.57	01.04.2010	2009/220 , LRV
07.05.2009	36.1222	01.01.2010	\$
23.04.2009	36.1131	01.07.2009	\$
05.06.2008	36.672	01.01.2008	\$
29.11.2007	36.532	01.01.2008	\$
22.03.2007	36.68	01.04.2007	\$
08.03.2007	36.32	01.01.2007	\$
13.12.2006	35.1081	01.01.2007	\$
14.12.2005	35.818	01.01.2005	\$
03.11.2005	35.882	01.01.2006	\$
23.06.2005	35.665	01.01.2006	2005-076 , Landratsvorlage
11.11.2004	35.310	01.08.2005	2004-098 , Landratsvorlage
10.06.2004	35.168	01.08.2004	2004-098 , Landratsvorlage
05.02.2004	35.37	01.01.2004	2003-288 , Landratsvorlage
10.12.2003	34.1302	01.01.2004	2003-273 , Landratsvorlage
12.06.2003	34.1085	01.08.2003	2003-071 , Landratsvorlage
20.02.2003	34.871	01.04.2002	2002-222 , Landratsvorlage

25.01.2001	34.28	01.01.2001	2001-001 , Landratsvorlage
----------------------------	-------	------------	--